Klassenkampf

Kommunistisches Organ

r den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106849 Fritz Kroh, Halle.

nzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 25. Oktober 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 251

Einberufung des Kongresses der Werktätigen

nd der Ersten Reichskonferenz der Erwerbslosen Deutschlands

Auftrage der im Ausschuß für die Vorbereitung eines Kon- s der Werktätigen vertretenen Organisationen hat der Aus- des

ongreß der Werktätigen für den 3., 4. und 5. Dezember nach Berlin

rufen. Die Tagesordnung lautet:

Kriegsgefahr, Rationalisierungskrise und der Kampf des werktätigen Volkes um seine Existenz. (Referent: Fritz Heckert, M. d. R. und Vorsitzender des Ausschusses.)

Der gemeinsame Kampf der Arbeiter in den Betrieben mit den Erwerbslosen. (Referent: Phil. Josef, Vorsitzender des Landeserwerbslosenausschusses Frankfurt-Hessen.)

Die Notlage des werktätigen Mittelstandes und der armen Bauern. (Referenten: Wilh. Koenen, M. d. R., und Ernst Poy, Vorsitzender des Bundes der schaffenden Landwirte.)

Zinspolitik, Aufwertungs- und Mieterfragen. (Referent: Hellein, M. d. R.).

Die Vernichtung der Volksgesundheit durch Antreibesystem und Massenarbeitslosigkeit. (Referent: Dr. Klauber.)

Organisatorische Aufgaben.

*

ndeskongreß der Werktätigen Mitteldeutschlands

findet statt

am 21. November in Halle a. d. S.

Delegationsrecht haben alle Organisatonen der werktätigen Bevölkerung Mitteldeutschlands, sowohl die zentralen Leitungen, die Bezirks- oder Gauvorstände, wie auch Mitgliederversammlungen aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen und Gewerkschaften und Genossenschaften, Erwerbslosenorganisationen und -Ausschüsse, Betriebsbelegschaften der Großbetriebe und zusammengefaßten Kleinbetriebe, Betriebsräte und deren Vollversammlungen,

kommunistische, sozialistische, sozialdemokratische, republikanische und pazifistische Organisationen resp. Parteien und Ligen, Frontkämpferverbände (wie Reichsbanner und RFB.),

Verbände und Vereinigungen der Handel- und Gewerbetreibenden, Mieter-, Sparer- und Aufwertungsverbände,

Kultur- und Sportverbände, Rentner-, Kriegsopfer-, Gesundheits- und Samariter-Organisationen,

bäuerliche Organisationen (Bauernbünde, bäuerliche Genossenschaften, Dorfgemeinden),

Stadt-, Gemeinde- und Dorfverwaltungen.

Wahlmodus für Betriebsdelegierte: siehe S. 3 der heutigen Nummer des „Klassenkampf".

Der Wahlmodus für Organisationen wird in der morgigen Nummer des „Klassenkampf" veröffentlicht.

Der Landesausschuß zur Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen Mitteldeutschlands

Im Auftrage der Erwerbslosenkonferenzen von Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg, Groß-Hamburg, berufen wir die

Erste Reichskonferenz der Erwerbslosen Deutschlands

für den 1. und 2. Dezember nach Berlin

ein.

Die Tagesordnung lautet:

1. Die Bedeutung der Massenerwerbslosigkeit für die deutsche Arbeiterklasse und der Kampf um Arbeit und Brot. (Referent: Wilh. Pieck M. d. L.)
2. Die sozialpolitischen und rechtlichen Fragen und Forderungen der Erwerbslosen. (Referent: Max Frenzel.)
3. Organisatorische Aufgaben. — Die Wahl eines Reichserwerbslosenausschusses.

Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Erwerbslosendelegierte des Kongresses der Werktätigen und die gewählten Delegierten sämtlicher Bezirks- oder Landesausschüsse der Erwerbslosen Deutschlands.

Der Provinzialausschuß der Erwerbslosen und betriebstätigen Arbeiterschaft von Berlin-Brandenburg und Lausitz

J. A.: Fritz Philipp.

---

m Namen Seiner Majestät" — Hofjagd in Rominten

Wird Braun eingeladen?

Berlin, 24. Oktober.

„Montag-Morgen" meldet: Wie wir von zuverlässiger Seite hren, ist ein Kreis von etwa 50 Personen soeben von einer ssung überrascht worden, die im Namen „Sr. Majestät Kaisers" erfolgt. Die Empfänger der Einladung werden ahrung November nach Schloß Rominten zur „Hofjagd" n, noch eben jenem Rominten, das soeben erst, im Vergleich er Preußen und den Hohenzollern, dem Exkaiser wieder zu- n ist. Unter den Eingeladenen befinden sich ehemalige nalen und hohe Militärs, ferner auch der Prinzgemahl Niederlande. Der Gastgeber Wilhelm wird zwar nicht anwesend sein. Auch ist noch nicht entschieden, ob er durch Einladungsbriefen oder durch irgendeine andere Persönlichkeit ver- n wird. Jedenfalls ist es aber bezeichnend, daß sofort nach ung des Vergleichs wieder eine „Hofgesellschaft" in Erschei- tritt, die die Gepflogenheiten der alten Zeit wieder unver- n annimmt.

Die Thüringer Fürstlichkeiten erheben ihre Ansprüche

chen Wilhelm durch den Vertrag zwischen Braun und der rsburg über eine halbe Milliarde zugeschanzt bekommen hat, ren auch die anderen Fürsten ihre Ansprüche an. Es sind dabei die Thüringer Fürsten, die mit gewal- Millionenforderungen an das kleine Land Thüringen heran- Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, finden zurzeit ren dem thüringischen Finanzministerium und dem früheren ng von Gotha Verhandlungen über die vermögensrechtliche einanderlegung statt. Es ist selbstverständlich, daß durch die rung" der Hohenzollern-Frage die Ansprüche der thüringi- Fürsten gewaltig gestiegen sind.

Seeckt Ehrenpräsident der Kriegervereine?

Nach einer Meldung der Z.-R.-Korrespondenz ist die Zentral- der Kriegervereine an den General von Seeckt heran- n, um ihm die Stellung eines Ehrenpräsidenten der im chten Reichskriegerbund „Kyffhäuser" zusammengeschlossenen Kriegervereine anzubieten. General von Seeckt soll sich jedoch die ung eines Ehrenpräsidenten abgelehnt haben mit der inter- n Begründung, daß er auf eine aktive Rolle noch nicht ver- n wolle. Worin diese „aktive Rolle" bestehen soll, davon Seeckt nichts gesprochen. Die Organisierung der „Schwarzen Reichswehr" ist allerdings kein Thema für die Oeffentlichkeit.

Femeprozeß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit

Landsberg a. W., 25. Oktober.

Heute beginnt in Landsberg a. W. der Femeprozeß, zu welchem die Vertreter der Presse und der Behörden eingetroffen sind. Zuerst werden die Angeklagten Thom, Buchholz und Rathsmann wegen eines Giftmordversuches an dem Leutnant Janke vernommen werden.

Es verlautet, daß man in Gegensatz zu allen bisherigen Versicherungen der Regierung den Ausschluß der Oeffentlichkeit erwirken will. Das würde bedeuten, daß die Rolle der eigentlichen Drahtzieher wiederum nicht geklärt wird. Zu diesen gehört auch der deutschnationale Abgeordnete von Halle-Merseburg, Jahnke. Ueberhaupt sind eine Reihe von deutschnationalen und sächsischen Großen bei der Fememordaffäre schwer kompromittiert. Ein Ausschluß der Oeffentlichkeit würde die bisherigen Justizskandale in Deutschland noch übertreffen.

Eine Ortsgruppe der SPD. fast geschlossen zur KPD. übergetreten

Unser Kölner Bruderorgan, die „Sozialistische Republik", meldet:

Die Ortsgruppe Herzogenrath der Sozialdemokratischen Partei trat nach einer Versammlung am Sonntag, dem 17. Oktober, fast geschlossen zur Kommunistischen Partei über. Der Vorsitzende der Ortsgruppe selbst hatte die Versammlung arrangiert und sich dieserhalb an die USP. der KPD., Aachen, gewandt. In Herzogenrath bestand bisher keine Ortsgruppe der KPD.

Aufteilung Sowjet-Rußlands:

der Plan deutsch-englischer Industriellen

(Eig. Drahtm.) London, 25. Oktober.

Erst jetzt sickert über die Konferenz deutscher und englischer Industrieller in Romsey Einiges durch. Der Korrespondent des „Daily Herald" erfährt über die Einzelheiten folgendes: „Die englischen Industriellen sprachen die Befürchtung aus, daß das deutsch-französische Eisenkartell und die beginnende Verständigung Deutschlands mit Frankreich sich gegen die Interessen der englischen Industrie wenden würden. Es wurde eine Einschränkung der Produktion bei den Schlüsselindustrien besprochen, um höhere Preise erzielen zu können. Die meiste Zeit verwandte man aber auf die Besprechung der Absatzerweiterung für die Industrie der beiden Länder. Der Korrespondent des „Daily Herald" berichtet darüber:

„Das führte natürlich zu einer Diskussion über den russischen Markt und über die Beziehungen zur Sowjetunion. Einige der englischen Delegierten drückten ihr Befremden über die deutsch-russischen Beziehungen aus und meinten, daß eine geschlossene Front der Kapitalistenländer gegen die Sowjetunion hergestellt werden müsse und daß der Sowjetunion ein beachtenswerter Kredit gar nicht gegeben werden sollte, solange nicht die alten Forderungen (Kriegsschulden usw.) zur vollen Zufriedenheit erledigt seien. Eine solche Vereinigung würde allen Ländern vorteilhafte Abmachungen einbringen."

*

Die Mitteilungen des englischen Arbeiterblatts „Daily Herald" zeigen deutlich die Gefahr einer Einbeziehung Deutschlands in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion. Während die deutsche sozialdemokratische Presse von kommunistischer Hysterie schreibt, wenn wir auf diese Gefahr hinweisen, bestätigt das Organ der englischen Gewerkschaften vollauf diese Tatsachen.

Beschlüsse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USSR.

Moskau, 23. Oktober.

Das Zentralkomitee und die Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei der USSR. traten heute zu einer Sitzung zusammen. Sie nahmen eine Entschließung an, in der den Mitgliedern des Zentralkomitees Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Piatakow, Zewdokimow, Sokolnikow und Smilga sowie der Kandidatin für einen Sitz im Zentralkomitee Frau Nikolajewa ein Verweis erteilt wurde und sie auf die Unzulässigkeit einer Verletzung der Parteidisziplin hingewiesen wurden. Ferner wurde festgestellt, daß eine weitere Tätigkeit Sinowjews im Komitee der 3. Internationale unmöglich sei, da er nicht die Richtlinien der Kommunistischen Partei der USSR. im Komitee der 3. Internationale vertrete und die deutsche, englische, französische, amerikanische und andere Sektionen erklärt hatten, Sinowjew infolge seiner führenden fraktionellen Tätigkeit im Komitee der 3. Internationale des Vertrauen der kommunistischen Parteien eingebüßt habe. Außerdem wurde beschlossen, Trotzki von seinen Pflichten als Mitglied des politischen Bureaus und Kamenew von seinen Pflichten als Kandidat des politischen Bureaus in Anbetracht ihrer führenden fraktionellen Tätigkeit zu entheben.

Morgen Beginn der Konferenz der Kommunistischen Partei der USSR.

Moskau, 23. Oktober.

Auf der vom Zentralkomitee und der Zentralkommission der Kommunistischen Partei der USSR in ihrer heutigen Sitzung bestätigten Tagesordnung der am 26. Oktober zusammentretenden Parteikonferenz stehen neben Fragen der internationalen Politik, der Wirtschaftslage und der Tätigkeit der Gewerkschaften auch die Frage der Opposition und der innerparteilichen Lage. Stalin wird darüber den Bericht erstatten.

Rykow über Rußlands Wirtschaftslage

Moskau, 24. Oktober.

Rykows Thesen zur Wirtschaftslage für die 15. Konferenz der Kommunistischen Partei, die vom politischen Bureau des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USSR. gebilligt wurden, betonen, daß die Industrie ihr Vorkriegsniveau erreicht habe und daß die sowjetrussische Währung fest stabilisiert sei, und unterstreichen den Ausbau des inländischen Kreditsystems. Sie weisen darauf hin, daß die nächste Aufgabe darin bestehe, das Land zu industrialisieren, die Einfuhr von Produktionsmittel zu steigern und gleichzeitig die Einfuhr von Verbrauchsartikeln zu verringern. Die Thesen heben die Unerschütterlichkeit des Außenhandelsmonopols hervor und bemerken, daß der Import- und Exportplan eine aktive Handelsbilanz der USSR. sichern müsse.

Für den Kongreß der Werktätigen

Halle, 24. Oktober.

Die Belegschaftsversammlung der Automobilfabrik Bühring in Landsberg wählte zum Kongreß der Werktätigen einen parteilosen Delegierten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0001

Zur dritten Wiederkehr des 23. Oktober 1923

Von **Ernst Thälmann**

Drei Jahre sind vergangen, da die Hamburger Kommunisten auf die Barrikade stiegen. Jahr für Jahr geht die revolutionäre Arbeiterschaft Hamburgs zu den Gräbern der Gefallenen, um dadurch ihren unbeugsamen Willen auszudrücken, das Erbe der Hamburger Kämpfer treu zu verwalten, die Ideen, für die sie gestorben sind, zum Gemeingut der ganzen deutschen Arbeiterklasse zu machen. Und je länger die Zeit verstreicht, desto tiefer erkennen wir die gewaltige geschichtliche Bedeutung des Hamburger Aufstandes für den Kampf um die proletarische Diktatur.

Hamburg hat für die Geschichte der deutschen Revolution dieselbe Bedeutung, wie der Aufstand des Moskauer Proletariats im Jahre 1905. Dort wie hier kämpften einige Hunderte zum Tod entschlossene Kommunisten für die ganze Arbeiterklasse. Dort wie hier stand die Arbeiterklasse auf ihrer Seite, war aber noch nicht genügend reif, noch nicht genügend mutig und aktiv in den Kampf mit einzugreifen. Dort wie hier gingen die Barrikadenkämpfer unbesiegt aus der Schlacht. Dort wie hier weckten sie in den Herzen von hunderttausend Arbeitern neuen revolutionären Mut und Hoffnung, in den Reihen der Gegner panische Furcht und Schrecken.

Die Zeit, die den Hamburger Kämpfen folgte, war eine Zeit der Niederlage und des Niedergangs der Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse erlebte am eigenen Leibe die bittere Wahrheit der alten geschichtlichen Erfahrungen: Wenn die Arbeiterklasse auf den Barrikaden gesiegt hat, wenn die Arbeiterklasse auf den Barrikaden gegen Lebenshaltung und politische Rechte noch heftiger. Der Oktoberniederlage folgte die Rationalisierungsoffensive gegen das deutsche Proletariat. Zweieinhalb Millionen Erwerbslose und der Knüppel des preußischen Feldwebels im Betrieb sind die Folgen der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Oktober 1923. Nicht nur in Hamburg, sondern im ganzen Reiche sollen die Kommunisten am Jahrestag des Hamburger Aufstandes den sozialdemokratischen und den parteilosen Arbeitern die Frage vorlegen: Wie wäre es jetzt in Deutschland, wenn im Jahre 1923 nicht die Polizei und die Reichswehr, nicht die Schergen der schwarzrotgoldenen Republik, sondern die Arbeiterklasse, geführt von der Kommunistischen Partei und ihren Barrikadenkämpfern, gesiegt hätte? Würden die Fürsten auch unter der Herrschaft der proletarischen Diktatur 15 Millionen Mark in bar, 400 000 Morgen Land und sonstiges ungeheures Vermögen in Preußen ausgeliefert bekommen? Geständ auch unter der Herrschaft des Proletariats die Gefahr, daß Wilhelm II. nach Deutschland zurückkehrt, um an der Wiedererrichtung der Monarchie zu arbeiten? Gäbe es auch unter dem Sieg des Proletariats zweieinhalb Millionen Erwerbslose in Deutschland?

Die Jahre nach 1923 haben der deutschen Arbeiterklasse den bündigen Beweis dafür geliefert, daß die Behauptung der Sozialdemokratie, daß der Kampf um eine Verbesserung der proletarischen Existenz auf friedlichem Wege möglich ist, Trug und Lüge ist. Aus diesem müssen wir Kommunisten am dritten Jahrestag des 23. Oktober unter den proletarischen Massen verbreiten.

Unsere Partei hat aus der Niederlage des Oktober 1923 Lehren gezogen, die zum großen Teil bereits in Fleisch und Blut der Kommunisten übergegangen sind. Unsere Partei versteht bereits heute, daß der **schlimmste Feind der revolutionären Arbeiterbewegung der Opportunismus** ist und daß jede kommunistische Partei am Tage des Aufstandes versagen muß, wenn sich in ihren Reihen der Opportunismus ausbreitet. Noch eine andere Lehre ist es, die wir gerade jetzt in den Vordergrund stellen müssen, wenn wir von den lebendigen Erfahrungen des Oktober sprechen. Das ist die Frage: wie muß am Tage des bewaffneten Aufstandes das Verhältnis der Kommunisten zu den breiten Massen des Proletariats sein, damit der Aufstand siegreich endet? Die Antwort lautet: Die Kommunisten müssen durch die Kämpfe des Alltags so sehr mit den Massen verbunden sein, daß das Band der Sympathie auch am Tage des Aufstandes nicht abreißt. So tief und so stark muß die Solidarität sein, daß dieselben Massen, die mit uns in zahllosen Kämpfen um das tägliche Brot führten, mit uns zu den Waffen greifen.

Die deutschen Kommunisten und die mit ihnen kämpfenden Arbeiter dürfen es niemals vergessen, daß in den Tagen, da sie in Hamburg auf den Barrikaden standen, Tausende von streikenden Hafenarbeitern und Werftarbeitern unserem Kampfe zusahen.

Wie ist unser jetziges Verhältnis zu den proletarischen Massen? Ist es bereits so, daß die entscheidende Mehrheit der Hamburger Arbeiterschaft mit uns durch dick und dünn, auch zu den Barrikaden gehen würde? Darauf müssen wir mit einem klaren Nein antworten. Noch hat die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie einen gewaltigen Einfluß auf dieselben Arbeitermassen, die mit uns gehen müssen, wenn wir siegen wollen. Aber **unsere Partei ist bereits auf dem Wege, diese Massen für sich zu gewinnen**, das heißt für die Sache der Revolution des siegreichen Sozialismus. Der beste Beweis hierfür ist der letzte Hamburger Hafenarbeiterstreik. Trotzdem unserer Partei der Dreibund, die kapitalistische Staatsgewalt, das Unternehmertum und die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie, in einer Front entgegenstand, gelang es uns, die Hamburger Hafenarbeiter zu mobilisieren und sie geschlossen in den Kampf zu führen und ebenfalls geschlossen den Kampf abzubrechen, ohne seine Ziele aufzugeben. Der reformistischen Bureaukratie fuhr bei diesem Kampfe ebenso der Schrecken in die Glieder, wie den Polizeigewaltigen im Jahre 1923 bei den Kämpfen unserer Barrikadenhelden. Sie erkannten plötzlich, daß die Kommunisten es nicht nur verstehen, mit dem Gewehr in der Hand zu kämpfen, sondern auch die Tageskämpfe um höhere Löhne, um bessere Arbeitsbedingungen und um Erhaltung des Streikrechts zu führen, mit größerem Erfolg als die reformistische Bureaukratie. Wir haben im Kampfe der Hamburger Hafenarbeiter die organisatorischen und ideologischen Voraussetzungen für weitere Kämpfe geschaffen, ebenso wie wir im Jahre 1923, als wir die Waffen aus den Händen legten, der Arbeiterklasse das Gelöbnis ablegten, nicht zu ruhen, ehe unser Ziel, die siegreiche Revolution, erreicht sein wird.

Die Barrikadenkämpfe des Jahres 1923 in Groß-Hamburg sind und bleiben eine der wichtigsten Lehren für uns Kommunisten: **der Weg zu den Barrikaden geht über die Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats.**

Wir sind gewiß, daß wir im Sinne aller Hamburger Barrikadenkämpfer, aller Genossen, die noch heute als Opfer des weißen Terrors in den Kerkern dieser Republik sitzen, handeln, wenn wir alles tun, um diese Lehre in das eiserne Rüstzeug jedes Kommunisten einzureihen.

Am 18. März 1891 rief Friedrich Engels der deutschen Bourgeoisie zu:

Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heillosen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, Ihr Herren, wollt Ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats."

Am 23. Oktober 1926, am 3. Jahrestage der Hamburger Barrikadenkämpfe rufen wir deutsche Kommunisten der deutschen Bourgeoisie zu:

Ihr Herren wollt Ihr wissen, wie der Kampf um die proletarische Diktatur aussieht? Seht auf Hamburg!

Wachstum der Produktion in der Industrie der Sowjetunion im September

Wie die statistischen Daten des Obersten Volkswirtschaftsrates zeigen, hat die Industrie deren Produkte, die im August eine Zunahme von 18,5 Prozent gegenüber Juli aufzuweisen hatte, im September eine weitere Zunahme von 9,1 Prozent erreicht. Dieses Wachstum betrifft sämtliche Industriezweige mit Ausnahme der Naphta-Produktion und der Streichholzindustrie. Die Produktion des Monats September erlaubt es bereits, die Schlüsse auf das Gesamtjahr 1925/26 zu ziehen: es ergibt sich eine Produktionszunahme von 38,5 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Die Gesamtsumme der Produktion im September beträgt 335 844 Vorkriegsrubel, was im Vergleich mit dem September des Vorjahres eine Zunahme von 27,3 Prozent ausmacht.

Im Kohlenbergbau ist die Anzahl der Arbeiter um 2,9 Prozent, die Zahl der Hauer um 5,9 Prozent gestiegen. Das Abströmen der Arbeiter in die Landwirtschaft hat vollkommen aufgehört, die Leitung der Gruben ist gestiegen, die Förderungsunkosten sind gesunken, die Bruttoproduktion ist um 12,8 Prozent gewachsen. Die Metallindustrie hat einen bedeutenden Zuwachs aufzuweisen: Die Gußeisengewinnung 7,9 Prozent, Stahl 11 Prozent, Walzeisen 15 Prozent. Zwei Hochöfen und 14 Martinöfen wurden neu in Betrieb genommen. Die Arbeitsleistung ist gestiegen. Ein Fortschritt ist besonders in den Betrieben zu verzeichnen, wo die Produktion von 26,7 auf 33 Millionen Rubel gestiegen ist.

Die Textilindustrie, die im August nach der Sommerdepression ein Wachstum von über 40 Prozent aufgewiesen hat, verzeichnete im September eine neue Steigerung von 15 Prozent, die die Baumwoll-, Leinen- und insbesondere die Wollproduktion betraf. Ein bedeutendes Wachstum, nämlich von 30,5 Prozent, hat die Glasindustrie aufzuweisen.

Die Zahl der Arbeiter ist im Vergleich mit September um 0,9 Prozent gestiegen und betrug 1 944 401 Personen; der Reallohn ist um 1,5 Prozent gewachsen.

Sie schwindeln wie die Teufel und lügen aus Prinzip

Die „Allgemeine Zeitung" vom Sonntag läßt sich über England aus Moskau melden: „Das Ende der Unterwerfung Trotzkis und Sinowjews ist die Erschießung von aktiven Führern der trotzkistischen Bewegung in den staatlichen Sowjetorganisationen. In Moskau ist die Erschießung von sechs Führern wegen Handlungen gegen die Unabhängigkeit der Sowjetregierung bekanntgegeben worden."

Wohlweislich verschweigt die „Allgemeine Zeitung" die Namen der angeblichen Erschießung und die Namen dieser sechs angeblichen Führer. Daß diese Meldung eine Lüge ist, braucht nicht weiter bewiesen zu werden. Daß aber die „Allgemeine Zeitung" solche dummen Lügen verbreitet, an die sie selbst nicht glaubt, ist ein Beweis für den Zynismus dieser Redaktion des schwerindustriellen Stahlhelm-Blattes seinen Lesern gegenüber, die man dümmer schätzt als Schafe. Ob sich im Leserkreis der „Allgemeinen Zeitung" nicht Menschen finden, die diesem Lügenblatt einmal grünlich Meinung sagen?

Vor dem Vollstreckungsurteil gegen Sacco und Vanzetti

Wie der „Montag Morgen" aus Dedham Massachusetts meldet, hat der Oberste Gerichtshof die Berufung wegen Wiederaufnahme des Mordprozesses gegen die italienischen Kommunisten Sacco und Vanzetti verworfen.

*

Das Todesurteil gegen diese beiden Revolutionäre, das seiner Justizmord war, ist schon vor einigen Jahren gefällt worden. Bis heute gelang es immer wieder, durch eine großartige Protestkundgebung in der ganzen Welt, gegen dies Urteil die Vollstreckung des Urteils hinauszuschieben. Wenn der Oberste Gerichtshof endgültig die Berufung zurückgewiesen hat, so bedeutet: die Gutheißung eines schlimmsten Justizmorde, so bedeutet: daß die amerikanische Regierung gewillt ist, Sacco und Vanzetti hinrichten zu lassen. Auch das deutsche Proletariat sowie Schichten des linksgerichteten Bürgertums erheben aufs neue Protest gegen die Schandmethoden der amerikanischen Justiz.

Der Präsident der englischen Bergarbeiter und russischen Unterstützung

London, 24. Oktober.

Der Präsident der Bergarbeitervereinigung, Smith, erklärte einer Versammlung, von je 16 Pence, die von der Regierung die Bergarbeiter bis Ende September gezahlt wurden, seien 11½ Pence von Rußland. Er habe keine Bedenken wegen der Annahme der russischen Gelder. Wenn die Sowjetregierung ihm eine Million Pfund senden sollte, so würde er sie mit Dank annehmen.

Die Friedericus-Marke bleibt

Wie die „Vossische Zeitung" mitzuteilen weiß, wird die Pfennig-Marke mit dem Bildnis Friedrichs des Großen am November zur Ausgabe gelangen. Da große Vorräte dieser neuen Marke bereits hergestellt und an die Postämter ausgegeben sind, ist schon aus rein technischen Gründen eine Zurücknahme der Marke nicht mehr möglich.

Demokratischer Parteitag in Stuttgart. Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei soll in der Woche nach Ostern in Stuttgart stattfinden. Wie die „Vossische Zeitung" hört, stehen im Vordergrund der Erörterungen die Gedanken des Einheitsstaates und der bäuerlichen Siedlung stehen.

Zerfall der liberalen Partei in England. Das liberale Parlamentsmitglied Kennworthy hat beschlossen, eine Fortschrittspartei zu gründen. Er erklärte, er werde mit der Arbeiterpartei zusammen wirken.

Berichtigung. Im Sonnabend-„Klassenkampf" ist von den Delegierten der Riebeck-Montanwerke zum Kongreß der Werktätigen berichtet. Die Wahl fand auf Grube Riebeck (Elsie) statt.

Auslandswochenschau

Ein mißglückter Weltaufruf

A. R. Selten hat eine großangelegte Aktion ein so klägliches Ende gefunden, wie der „Weltappell für den Wirtschaftsfrieden". Die gemeinsame Erklärung von Großkapitalisten aller wichtigen Länder Europas und der Vereinigten Staaten sollte der Weltpolitik neue Wege weisen. Mit sensationellen Reklame wurde das Erscheinen des Aufrufs angekündigt. Dann stellte sich heraus, daß es sich nur um ein englisches Manöver handelt, und nicht einmal um ein gutes. Der Inhalt des Manifestes ist außerordentlich mager. Um Europa die wirtschaftliche Gesundung zu geben, wird die Handelsfreiheit empfohlen. Der natürliche Konkurrenzkampf der einzelnen kapitalistischen Mächte schließt aber auch den Wirtschaftskrieg in sich. Der Zolltarif ist ebenso eine Kampfwaffe, wie die Maschinengewehre. Es kann Zollbündnisse geben, ebenso gut wie militärische Bündnisse. Die volle Durchführung der internationalen Handelsfreiheit hätte aber die Ausschaltung der Widersprüche und Gegensätze des kapitalistischen Systems zur Voraussetzung. Das ist unmöglich, solange der Kapitalismus noch herrscht. Im Laufe des letzten Jahres sind die Gedanken einer mitteleuropäischen Zollunion öfter vertreten worden. Manche Kreise in Deutschland wie in Frankreich sind nicht abgeneigt, ein solches Ziel anzustreben. Das wäre der Endpunkt einer Entwicklung, an deren Anfang die deutsch-französische Eisenverständigung steht. Aber all diese Projekte liegen in weiter Ferne. Der Gedanke einer Zollfreiheit zwischen Europa, England und seinen Kolonien nebst Amerika ist reine Utopie. Ueberdies ist die Praxis der maßgebenden kapitalistischen Länder heute von dem Gedanken der Zollfreiheit weiter entfernt als jemals zuvor.

Englische Manöver gegen Thoiry

Was bezweckten die englischen Großkapitalisten mit diesem Manifest? Daß es in London erdacht und niedergeschrieben wurde, steht fest. Die englischen Großbankiers waren sich selbstverständlich über die wirtschaftspolitische Wichtigkeit des Manifestes ganz im klaren. Aber sie wollten eine politische Demonstration. Das Weltmanifest sollte eine zweite Auflage von Romsey sein. Die englischen Bankiers wollten demonstrieren, daß sie immer noch eine Großmacht sind und daß trotz der deutsch-französischen Annäherung London immer noch in den europäischen Wirtschaftsfragen führt. Um möglichst viele Unterschriften zu erhalten, mußte man einen möglichst verwaschenen Text entwerfen. Außerdem erklärt jetzt ein großer Teil der Unterzeichner, daß sie die Aktion gar nicht unterstützen wollen. So ist die Blamage ungewöhnlich groß. Trotzdem werden die Engländer ihre Bemühungen fortsetzen, das Zustandekommen der Pläne von Thoiry mit allen Mitteln zu erschweren. Die englische herrschende Schicht nützt dabei vor allem ihre Verbindungen zu Amerika aus. Amerika ist nicht gewillt, irgendwelches Geld für deutsche Eisenbahnobligationen herzugeben, solange Frankreich sich nicht unbedingt zur Bezahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten verpflichtet hat. Es zeigt sich immer mehr, daß das Werk von Thoiry ungeheuer verwickelte und schwierige Finanzoperationen zur Voraussetzung hat. Der kindliche Optimismus, mit dem Herr Stresemann von Genf zurückkehrte, ist längst verflogen. Die französische Regierung weiß auch noch nicht, was aus all den schönen Projekten werden wird. Darum hält sie vorläufig Deutschland weiter unter Druck. Vor einigen Tagen leuchte plötzlich die Botschafterkonferenz wieder aus der Versenkung auf. Diese Ententekörperschaft hat mit dem Geist von Genf und Locarno wenig zu schaffen. Es ist das alte Zwangsorgan der Jahre 1919 bis 1923. Die deutsche Regierung meinte, daß sie diese Periode längst überwunden habe. Aber nun zeigt ihr Poincaré, daß nicht alle Hoffnungen erfüllt sind. Die Botschafterkonferenz hat wieder festgestellt, daß die deutsche Entwaffnung unzulänglich ist. Deshalb müsse die Militärkontrollkommission der Entente weiter in Berlin bleiben. Das ist an sich nichts Weiterschütterndes. Die deutsche Bourgeoisie und die Reichswehr werden die Anwesenheit dieser Beobachter auch weiter ertragen können. Aber wichtig dabei folgendes: Trotz des Dawes-Planes, trotz Locarno, trotz Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hat Frankreich die Zwangsmittel des Versailler-Vertrages nicht verzichtet. Poincaré zeigt, daß er Druckmittel genug zur Verfügung hat, um der deutschen herrschenden Klasse die englischen Sympathien zu zerreiben.

Auferstehung der Botschafterkonferenz

Die gleiche Sitzung der Botschafterkonferenz, die sich mit Militärkontrolle befaßte, hat auch die Wilna-Frage behandelt. Es ist noch nicht ganz klar, welche Schritte die Ententemächte beabsichtigen. Aber so viel steht fest, daß Litauen in nächster Zeit einem starken diplomatischen Druck ausgesetzt sein wird. Man will es so darstellen, als ob Litauen durch Abschluß des Vertrages mit Sowjet-Rußland seine Verpflichtungen als Völkerbundsland verletzt habe. Dabei hat Litauen formal nichts anderes getan als Deutschland im Berliner Vertrag mit Sowjet-Rußland. Deutschland und Frankreich werden versuchen, Litauen zur Anerkennung polnischen Besitzes von Wilna zu nötigen. Litauen soll gezwungen werden, seinen Vertrag mit Sowjet-Rußland zu revidieren. Es würde die Kapitulation Litauens vor Pilsudski bedeuten. Selbstverständlich wird Sowjet-Rußland Litauen bei diesen politischen Auseinandersetzungen stützen.

Die britische Reichskonferenz

Die Delegierten, die zur britischen Reichskonferenz nach London kamen, fanden die englische Bourgeoisie in einer nicht gerade beneidenswerten Lage. Die sechs Monate Bergarbeiterstreik haben das Ansehen der englischen Konservativen außerordentlich gelitten. Zuma, da eine Kapitulation der Bergarbeiter heute weniger wahrscheinlich ist, so erklärt es sich, daß die Vertreter der Dominien weniger denn je die englische Vormundschaft sich gefallen lassen wollen. Die Debatten auf der Reichskonferenz sind so hitzig, daß man sogar Oeffentlichkeit entziehen mußte. Die separatistische Gruppe innerhalb des britischen Reichs wird vor allem von Südafrika und Irland vertreten. Die Buren und die Irländer haben die gegenwärtige Situation nach Kräften auszunutzen. Dabei wird sie die Unterstützung der in Kanada regierenden liberalen Partei, die sich vor allem auf die französisch sprechenden Kanadier stützt. Die reichstreue Gruppe wird von Australien und Neuseeland repräsentiert. Soweit in der Oeffentlichkeit bekannt wurde, haben die Dominien unter anderem gegen die Locarno-Verträge protestiert. Sie wollen englischen Reichsteile lehnen es glatt ab, irgendwelche militärischen Verpflichtungen zu übernehmen, die aus einem europäischen Konflikt entstehen könnten. Kanada hat im Weltkrieg Opfer genug gebracht und auch die Reichstreue Australiens und Neuseelands wird in einem solchen Fall auf eine sehr harte Probe gestellt. Die Abneigung der Dominions, sich in europäische Dinge einzumischen, sich in Europa binden zu lassen, entspricht den bekannten Tendenzen der amerikanischen Politik. Je mehr die Dominions sich von England entfernen, um so mehr nähern sie sich der allmächtigen amerikanischen Bourgeoisie. Schon jetzt steht es fest, daß die Reichskonferenz von 1926 alles andere als eine Stärkung der englischen Weltmacht ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

VAV.-Mitglieder in wachsender Opposition zum Hauptvorstand

Es ist bekannt, wie schändlich die VAV.-Instanzen vor einigen Wochen im Ruhrgebiet einen Lohnkampf und damit die wirtschaftliche Solidarität mit den heldenmütigen englischen Kameraden verhindert haben, und wie sie durch Ausschlüsse einer Reihe oppositioneller Mitglieder provoziert haben.

In den ersten Tagen nach Abwürgung des Kampfes sah es so aus, als ob, ähnlich wie in unserem mitteldeutschen Revier, die Bergarbeitermassen den Mut zum Kampf gegen solches Treiben nicht wieder aufbrächten. In den letzten Wochen aber macht sich eine tiefgreifende Wandlung und wachsender Zuspruch auch von SPD-Mitgliedern gegen die Gewerkschaftsmänner bemerkbar. Uns liegen darüber folgende Meldungen vor:

Zahlstelle Meiderich-Laar

Wie wir erfahren, wurde folgende Resolution in der Zahlstelle Meiderich-Laar gegen eine Stimme angenommen:

„Die Versammlung der Zahlstelle Meiderich 1, 2 und 3 und Laar spricht dem Vorstand ihr Mißtrauen aus, erstens wegen seines Verhaltens bei der Lohnbewegung und verlangt, daß, bevor Forderungen gestellt werden, auch die Mitglieder des Verbandes gehört werden müssen. Dann gilt das Mißtrauen dem Vorstand wegen seines Verhaltens während des Kampfes der englischen Bergarbeiter. Die Versammlung verlangt, daß der Vorstand alle Maßnahmen trifft, die nicht nur finanziell den Engländern zu helfen, sondern daß Tatsachen muß (gemeint ist ein Solidaritätsstreik). Des weiteren verlangt die Versammlung die sofortige Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kommunisten in den Verband."

Zahlstelle Eickel I

Am heutigen Sonntag wurde in der Zahlstellenversammlung folgende Resolution mit 21 Stimmen gegen 6 Stimmen angenommen:

„Die am 10. Oktober tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Eickel 1 proclamiert ganz entschieden gegen den Beschluß der Konferenz von Düsseldorf in der englischen Frage. Die Mitglieder sind der Auffassung, daß die Voraussetzung für den internationalen Streik vorhanden ist. Meinung der Düsseldorfer Konferenz ist nicht Meinung der Bergarbeiter. Wir stellen fest, daß den Vorstand des Verbandes in der englischen Frage nicht gegeben worden ist, was unumgänglich notwendig ist. Wir fordern den Vorstand des Verbandes auf, sofort eine energische Kampagne für einen internationalen Streik zu unternehmen.

Es lebe der Kampf der englischen Bergarbeiter. Es lebe der internationale Bergarbeiterstreik."

Zahlstelle Bergerhausen

Die am Sonntag, dem 10. Oktober, stattgefundene Zahlstellenversammlung, Zahlstelle Bergerhausen, nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die versammelten Mitglieder erkennen sehr gut die im Ruhrrevier herrschende Hochkonjunktur und die daraus resultierenden Gewinne für das Grubenkapital. In Erkenntnis des alten gewerkschaftlichen Grundsatzes, daß Zeiten der Hochkonjunktur die beste Gelegenheit für die Arbeiterschaft zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, fordern die versammelten vom Hauptvorstand die sofortige Stellung entsprechender Anträgen und Erkämpfung derselben mit allen Mitteln."

Zahlstelle Frohnhausen

Am Sonntag, den 10. Oktober, tagte die Zahlstellenversammlung. Als Referent war der Redakteur Zimmer der Verbandszeitung erschienen, welcher über die Lage im Bergbau sprach. In seinem Referat hob er besonders hervor, daß die Hauptlasten auf die Verteidigung gelegt werden, des Hauptvorstandes auf der Reichskonferenz in Düsseldorf und der internationalen Konferenz in Genf. Nach ausführlicher Diskussion wurde gegen vier Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Es bezweckt, den 10. Oktober, tagende Zahlstellenversammlung des Bergarbeiter-Verbandes erklärt ihre absolute Solidarität mit den Beschlüssen der Reichskonferenz in Düsseldorf und der internationalen Konferenz in Ostende. Nachdem der französische und belgische Bergarbeiterverband ihre Bereitschaft erklärt hatten, den internationalen Streik durchzuführen, ist die Schuld an dem Nichtzustandekommen einer internationalen Aktion nur an den Führern des deutschen Bergarbeiterverbandes. Das Verlegen der Entscheidung in dieser Frage ist um so bedauerlicher, da die gegenwärtige Gesamtlage im deutschen Bergbau zugleich einen erfolgreichen Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit möglich gemacht hätte.

Die Versammlung begrüßt den Kampfaufruf einer Reihe Zahlstellen und Zahlstellenversammlungen und solidarisiert sich mit diesem Aufruf, wobei die Versammlung zugleich ihre Bereitschaft erklärt, den so notwendigen Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit mit durchführen zu helfen."

Zahlstelle Rünthe

In letzter Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Rünthe nahm Stellung zu, in der gegen das Verhalten der Verbandsleitung gegenüber dem englischen Bergarbeiterkampf der schärfste Protest erhoben wird. Die Versammlung begrüßt das Vorgehen des Bezirksvorstands von Bottrop-Recklinghausen und den Widerhall, den dieser Aufruf gefunden hat und gelobt, alles zu tun, um die Bergarbeiter in diesem Sinne zu mobilisieren.

Zahlstelle Dortmund

Folgende Resolution erhielten wir zugesandt:

„Die am 17. Oktober tagende Zahlstellenversammlung von Dortmund 2 mißbilligt das Verhalten des Vorstandes des VBB. auf der Konferenz in Ostende, woselbst Hulemann sagte, daß nur 10 Prozent der deutschen Bergarbeiterschaft für einen Solidaritätsstreik zugunsten der englischen Bergarbeiter seien. Versammlung betrachtet das als eine Herabwürdigung der Klassenehre und begrüßt deshalb den Aufruf der Zahlstelle Beckerwerth. Weiter wendet sich die Versammlung gegen die Lohnpolitik des Vorstandes und verlangt, die 20-Prozent-Lohnforderung von 20 Prozent erneut zu stellen."

VBB.-Kartell Torgau geht voran im Kampf gegen den Fürsten-Raub

Delegierter zum Kongreß der Werktätigen gewählt

Der Kartellsitzung Torgau des ADGB. am 20. Oktober hielt Kollege Holzweißig einen Vortrag über die geplante Arbeitslosenversicherung. An Hand der Paragraphen zeigte er auf, welche den Kollegen richtig in Erscheinung treten würden, wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte. Scharf wandte sich Redner gegen die Klassifizierung und setzte sich für eine Erwerbslosenunterstützung aus Allgemeinmitteln ein. In der Diskussion verurteilen sämtliche Redner den Entwurf, die verschwindende Minorität war im Prinzip mit der Vorlage einverstanden. Selbst Kollege Unger (SPD.) erklärte, daß endlich Schluß machen mit dem Märchen einer Sozialgesetzgebung. Es würde doch nichts herausspringen für die, welche die Lasten aufbringen müssen. Redner geht scharf mit der Invalidenversicherung ins Gericht und der Handlungsweise der Geheimräte und anderer, die in den Versicherungsämtern sitzen. Kolle Lenz kommt auf die Reichsgesundheitswoche zurück und erklärt, daß auch diese Veranstaltung nur ein Bluff sei. Man hätte die Mittel, die in jener Woche hinausgeworfen wurden, lieber praktischer anwenden sollen. Er zeigte, wie die Krüppelfürsorge in Wirklichkeit aussieht. Von Magdeburg kommt nach Torgau jährlich zwei- bis dreimal ein Professor, um sich die Krüppelkinder vorführen zu lassen. Auf Fragen der Mütter, was nun gemacht werden soll, aber erhalten sie nur die Antwort: Kein Geld da!

Wir freuen uns, Bundesgenossen in den SPD.-Kollegen zu finden, um gemeinsam gegen den hohlen Apparat zu kämpfen.

Zu den Vorgängen im Preußischen Landtag wurde bei drei Stimmenthaltungen die bereits am Sonnabend veröffentlichte Entschließung angenommen. Dagegen stimmten vier Kollegen. Auf Antrag wurde Kollege Groß als Delegierter zum Kongreß der Werktätigen gewählt.

Zu Anfang der Sitzung mußte festgestellt werden, daß die Fabrikarbeiter und Gemeinde- und Staatsarbeiter noch immer nicht den Anordnungen des Kollegen Wernicke vom Bezirkskartell Rechnung getragen haben, indem sie mit ihren Beiträgen noch immer im Rückstande sind. Sodann wurde über die beabsichtigte Verschmelzung der Metallarbeiter mit Eilenburg berichtet. Ein vom Bezirkskartell gesandtes Rundschreiben ermahnt die Delegierten, in der Sammlung für die englischen Bergarbeiter nicht nachzulassen. Abgesandt sind aus Torgau bis jetzt 194 Mk.

Der vom Bund verlangten Schulung der Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder soll im Winter durch Kurie Rechnung getragen und Referenten vom Bezirkskartell angefordert werden. Dem Antrag Holzweißigs, die Kurie jedesmal im Anschluß an die Kartellsitzung stattfinden zu lassen, wird gegen eine Stimme zugestimmt. Alsdann wird Stellung zu den Krankenkassenwahlen genommen. Der Antrag der Kollegin Voigt, die Wahl erst im nächsten Jahr stattfinden zu lassen, wird angenommen. Kollegin Voigt erstattet Bericht über die letzte Verwaltungsausschußsitzung vom Arbeitsnachweis.

In der vorigen Sitzung waren Klagen von den Erwerbslosen gekommen. Sie waren vom Landratsamt nach Kreischa beordert und mußten dort für 16 Mark einschließlich Deputat arbeiten. Da der Landarbeitertarif 23 Mark pro Woche beträgt, glaubten die Kollegen, recht gehandelt zu haben, wenn sie die Arbeit niederlegten. Es wurde ihnen aber die Unterstützung verweigert mit der Begründung, daß die Erwerbslosen jede Arbeit anzunehmen hätten. — Wieder zwei andere Kollegen von Dommitzsch sollten sich als Knecht vermieten lassen. Weil sie dieses verweigerten, da sie von Beruf Bauarbeiter waren, wurde auch ihnen die Unterstützung entzogen und deshalb eine Kommission gewählt von drei Kollegen (Schwaneberg, Karl Schneider, Kollegin Voigt). Diese wurde beim Landrat Wehr vorstellig, der sie aber zu Herrn Lohmann abwies. Auf telephonischen Anruf erklärte der Besitzer von Kreischau, daß 16 Mark Tariflohn sei. Obwohl Kollege Schwaneberg den vom Schlichtungsausschuß festgelegten Manteltarif vorlegte und erörterte, schenkte der Landrat diesem keinen Glauben und erklärte, zu dem Fall nicht Stellung nehmen zu können. Die Fragen sollten dem Verwaltungsausschuß vorgelegt werden. Als wieder eine Woche vergangen war und die Erwerbslosen keine Unterstützung erhielten, wurde die Sitzung abgehalten, und nun erklärte der Landrat, daß hier keine Beschlüsse gefaßt werden könnten. Die Aussprache ergab, daß Kreischau unter Tarif bezahlte und somit an jedem Arbeitslosen pro Woche 6 Mark verdiente! Wie immer, fand der Landrat auch hier einen Ausweg und erklärte, diese „Lohnstreitigkeiten" gehörten vor den Schlichtungsausschuß. Die Erwerbslosen bekämen dann nach Fällung des Schiedsspruches den nicht ausgezahlten Lohn zurückerstattet. Bis heute haben die Kollegen nichts bekommen — so sieht die Fürsorge aus!

Kollegen! Wie lange noch laßt Ihr Euch das gefallen? Wilhelm mit seinem Stab erhält Millionen und für Euch ist nichts da als Aussaugung Eurer schon mürben Knochen! Macht doch endlich Schluß mit diesem verfaulten System!

Die arbeitenden Frauen zum Kongreß der Werktätigen

In den Betrieben schuften die Arbeiterinnen. In vielen vielleicht standen gestern noch Männer an ihrer Stelle. Die Rationalisierung hat sie in die Betriebe geholt. Das fliehende Band, der Wandertisch, eine fein ausgeklügelte Arbeitszerlegung, machte Männer überflüssig. Die Frauen sind billiger. Sie sind auch anpassungsfähiger an das Tempo der Hetzarbeit. Aus ihren krummen Rücken, aus ihren bis zum Reißen gespannten Nerven wächst der Rationalisierungsprozeß.

Und mit der wachsenden Anspannung steigt nicht etwa, sondern

sinkt der Lohn der Arbeiterin zuerst.

Sie spürt es am empfindlichsten, weil für sie der Lohn tiefer noch als bei den Männern unter dem Existenzminimum liegt.

Gleichzeitig drängen sich auf dem Arbeitsmarkt die erwerbslosen Frauen. Ihre Zahl ist im Laufe des Frühjahrs und Sommers sprunghaft gestiegen. Viel rascher als die der arbeitslosen Männer. Die Rationalisierung reißt zwar auf der einen Seite die Frauen in die Fabriken hinein — stößt aber auf der anderen Seite eine noch viel größere Zahl als überflüssig wieder hinaus. Dazu kommen die Frauen der Arbeitslosen; denn jede Entlassung vermehrt nicht nur die Zahl der arbeitslosen Männer, sondern treibt gleichzeitig eine große Zahl Frauen arbeitsuchend auf den Nachweis. Eine halbe Million arbeitsuchende Frauen zählen die öffentlichen Arbeitsnachweise — nicht eingerechnet die vielen unter den Frauen, die sich auf den Nachweis nicht wagen, nicht eingerechnet die Ausgesteuerten, die des vergeblichen Umherstehens auf dem Nachweis müde,

verzweifelt in die Prostitution herabsinken.

Sinkender Lohn und wachsende Arbeitslosigkeit steigern die Wohnungsnot ins Unerträgliche. Noch enger rückt die Familie zusammen, um durch Zimmervermieten und Schlafburschenwesen wenigstens das Geld für die Miete aufzubringen. Neubauwohnungen bleiben leer, weil sie nicht bezahlt werden können.

Dabei werden die Lebensmittel nicht billiger. Im Gegenteil. Der Brotpreis steigt sogar. Vor jeder Arbeiterfrau, vor jeder Proletariermutter steht die Sorge um das Stückchen Brot für den nächsten Tag.

Trotz alledem **nirgends eine größere Bewegung.** Weder große Streikkämpfe, noch eine solche Bewegung der Arbeitslosenarmeen, wie in der Inflationszeit, obwohl sie diese Zahl schon fast erreicht hat. Aber 1923 fühlte die Arbeiterfrau, wie das Gefüge des kapitalistischen Staates sich zu lockern begann, wie der Fabrikant die Herrschaft über seine eigenen Geschäfte verloren — da empörte sich die Arbeiterin wie der Arbeiter. Da stellte sich auch die Arbeiterfrau in ihren Kontrollausschüssen an die Spitze der hungernden Massen, da griff sie zum erstenmal aktiv ein in den kapitalistischen Apparat der Verteilung — heute fühlt sie eine solche Lockerung nicht: die Krise hat zwar die Zahl der Kapitalisten verkleinert (Hunderte von Bankrotten in jedem Monat verschlangen eine ganze Reihe kleiner Existenzen), hat aber die übrigen nur enger umschlungen, ihre Profite und ihre Macht gesteigt.

Darum beugt sich die Arbeiterfrau heute — aber nicht ganz mehr ohne Widerstand. Dumpf fühlt sie, wie ihrem Unterdrücker das eigene Kleid zu eng wird. Zwar macht der Unternehmer Profite, aber immer wieder schließt er eine Abteilung — der Absatz geht nicht vorwärts. Der Kaufmann verdient zwar an den hohen Preisen, aber der Umsatz bleibt gering, „es ist kein Geld unter den Leuten."

Von der Gärung, von der Unzufriedenheit, von der Unruhe, die die deutsche Arbeiterschaft erfaßt hat, sind auch die Frauen ergriffen. Das zeigt ihre Massenbeteiligung am Volksentscheid. Das zeigt ihre immer wachsende Anteilnahme an Versammlungen, die lauten Protest erheben gegen die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. Das zeigt auch das starke Wachsen des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes.

Noch schweigen vielfach die Frauen. Kaum kam auf einer der letzten Erwerbslosenkonferenzen eine Frau zum Wort. Kaum haben sich irgendwo einmal Arbeiterinnen gegen den schamlosen Abbau gerade ihrer niedrigen Löhne zur Wehr gesetzt.

Es gilt, den Unzufriedenen, den Empörten den Mund zu öffnen und ihnen den Rücken zu stärken zum entschlossenen Handeln.

Sind es nicht in England, diesem einzigen unserer Nachbarländer, in dem die Arbeiterschaft um ihren Lohn, um ihren Achtstundentag einen ungeheuren zähen Kampf führt — sind es da nicht gerade die Frauen, die an der Spitze marschieren?

Women are our best men —

Frauen sind unsere besten Männer —

schreiben die englischen Bergarbeiterzeitungen, weil Frauen es sind, die durch ihre Massendemonstrationen Unterstützung für sich und ihre hungernden Kinder erzwingen.

Frauen sind unsere besten Männer — wir erlebten es auch bei uns: im Kriege, als die Frauen zuerst protestierten, zur Zeit des Ruhrarbeiterstreiks, als die Frauen ihre Männer aus den Gruben holten, zur Zeit der Inflation, als die Frauen an der Spitze der Teuerungskämpfe standen. Frauen sind die besten Männer — das Wort soll auch heute wieder gelten. Frauen sollen helfen, die dumpfe Gärung, die verhaltene Empörung in einen entschlossenen Widerstand zu verwandeln.

Wie organisieren wir diesen Widerstand angesichts der in der Krise nur gesteigerten Kapitalistenfront?

Dadurch, daß wir die aus ihrem Haushalt gerissenen, wie Galeerensklaven an das fliehende Band und seine Bewegung geketteten Arbeiterinnen lehren, dieses Band der Sklaverei in ein Band der festesten unzerreißbaren Solidarität und Kampfgemeinschaft zu verwandeln.

Die Arbeiterinnen in die Front gegen die Unternehmer — die Arbeiterinnen hinein in die Gewerkschaften!

Die Arbeiterinnen — gering geschätzt und mißachtet von der Gewerkschaftsbureaukratie — auf den linken Flügel der Gewerkschaften, wie in England!

Dadurch weiter, daß die arbeitslosen Frauen, die der Unternehmer auf die Straße warf oder die der Hunger zu Hause vielleicht zum erstenmal auf den Arbeitsnachweis zwang, sammeln und sie lehren, zusammenzustehen.

Gegen eine Regierung, die durch die Staffelung der Unterstützungssätze die arbeitslosen Frauen um die Hälfte ihrer Hungergrößen prellen will.

Gegen eine Regierung, deren fragwürdiges Arbeitsbeschaffungsprogramm höchstens einer winzig kleinen Zahl von kräftigen Männern Arbeit verspricht (Kanal-, Straßen- und Wohnungsbauten), aber keine Arbeit schafft den erwerbslosen Frauen.

Dadurch schließlich, daß wir 7,5 bis 8 Millionen Frauen, die ihre Stimme gaben für die Enteignung der Fürsten, nicht in die dumpfe Hoffnungslosigkeit zurücksinken lassen, aus der sie sich gestern erst aufgerafft, sondern daß wir sie lehren, vorwärts zu marschieren:

Gegen einen Reichstag, der die Stimmen von 14,5 Millionen nicht hören will.

Gegen eine Regierung, die als Räuber und Diebe die Frauen beschimpft, die ihrer Kinder Brot verteidigen.

Auf dem Kongreß der Werktätigen,

zu dem alle Schichten der Ausgebeuteten und Geknechteten ihre Vertreter wählen werden, müssen auch vor allem die Frauen ihre Vertreter schicken. Sie, die am meisten leiden, die am längsten geschwiegen — sie müssen hier endlich ihre Forderungen aufstellen, die Magna Charta der arbeitenden Frauen.

Die Arbeiterinnen fordern,

daß die Kosten der Rationalisierung der Unternehmer trägt, zu dessen Nutzen sie geschieht. Daß die unerträgliche Hetzarbeit ihnen erleichtert, auf acht Stunden und darunter verkürzt und menschenwürdig entlohnt werden. Sie fordern weiter:

Gleichen Lohn für gleiche Leistung.

Qualifizierung der weiblichen Arbeit wie die der männlichen.

Wirksamen Arbeiterinnenschutz.

Die arbeitslosen Frauen fordern:

Arbeitsbeschaffung auch für Arbeiterinnen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, nicht ihre Staffelung zum Schaden der schlechtbezahlten Arbeiterinnen.

Die Arbeiterfrauen fordern:

Herabsetzung der Kartellwucherpreise, Aufhebung der indirekten Steuern und Zölle. Sie fordern vor allem:

Billige und ausreichende Wohnungen, die sie die Arbeiterfrauen nicht nur Aufenthaltsort für wenige Stunden, sondern ständiger Wohnortsplatz sind.

Wirklichen ausreichenden Schutz für Mutter und Kind.

Aufhebung des § 218.

Die Gesamtheit der arbeitenden Frauen fordert **den Sturz der Regierung des Massenhungers und der Fürstenknechte, die Auflösung des Reichstages und eine Regierung der Werktätigen.**

Der Kongreß der Werktätigen wird aber nicht nur eine Tribüne der Forderungen sein, sondern er wird das Gelände bereiten zum Aufmarsch der Massen. Auf dem Kongreß der Werktätigen werden die losen Gruppen der Frauen, die aus Betrieben und Hinterhöfen, aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung dort zusammenkommen, sich zu einem festen Block zusammenschließen. Zum Block der klassenbewußten Arbeiterinnen in der Gewerkschaftsopposition, zu einem Block der arbeitenden Frauen gegen Fürstentraubition, zu einem Block der arbeitenden Frauen gegen Fürstentraubition, zu einem Block der arbeitenden Frauen gegen Fürstentraubgeringte — des langsam sich bildenden linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung, der sich sammelt zum Kampf gegen das kapitalistische System, zum sozialistischen Aufbau auch in Deutschland.

Arbeiter, Erwerbslose, Werktätige in Stadt und Land!

Die Bezirkserwerbslosenkonferenz, die am 26. September in Halle tagte, hat zu einem mitteldeutschen Kongreß der Werktätigen aufgerufen und einen Ausschuß zur Vorbereitung der Konferenz gebildet.

Der Ausschuß ersucht alle Großbetriebe, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kleinbauern-Verbände, Mieter- und sonstige Organisationen der verschiedenen Schichten der Werktätigen, daß sie Delegierte für den Landeskongreß wählen.

Der Ausschuß ist gern bereit, Referenten für Versammlungen zu vermitteln.

Als Wahlmodus schlagen wir vor, in Betrieben und Versammlungen bis zu 500 Mitgliedern bzw. Anwesenden einen, bis 2000 zwei und jedes weitere 2000 einen weiteren Delegierten zu wählen. Die Kosten müssen durch Sammlungen aufgebracht werden. Alle Zuschriften und Anfragen sind an Franz Berger, Halle, Zentnerstraße 5, zu richten.

Der geschäftsführende Ausschuß
J. A.: F. Berger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0003

Wieder Hungerstreik in Groß-Strehlitz

Der Hungerstreik des Genossen Heuck in Groß-Strehlitz lenkt erneut die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf die Mißstände in der Zwingburg an der polnischen Grenze, in der neben Heuck noch Max Hoelz und der Genosse Viktor Schmialek „sitzen". Letzterer war vor einigen Wochen ebenfalls genötigt, in den Hungerstreik zu treten. Als er kürzlich Besuch von Genossen erhielt, erklärte er, durch die dauernden Schikanen der Direktion körperlich und seelisch derart zermürbt zu sein, daß er den Tod dem Leben in der Zuchthaushölle vorzieht. In der Tat machte auch der Genosse Schmialek auf die Besucher, den Genossen Abgeordneten Menzel und Dombrowski, den Eindruck eines Menschen, der am Rande der Verzweiflung steht. Schmialek hatte in wenigen Wochen acht Pfund abgenommen. Seine Gesichtsfarbe war die eines Schwindsüchtigen. Besonders beschwerte sich Schmialek über die völlig unzureichende Kost und den dauernden Hunger. Eine Klage, die auch von Hoelz und zahlreichen anderen Gefangenen bestätigt wird.

Noch schlimmer wird Heuck behandelt. Ihm hat sogar die Niedner-Justiz die Ueberzeugungstäterschaft aussprechen müssen. Obwohl also politischer Sträfling, wird er von der Direktion als ein krimineller Sträfling behandelt. Die verlängerte Freizeit, sowie alle anderen Vergünstigungen, die politischen Gefangenen zustehen, werden ihm trotz wiederholter, in Gegenwart des Genossen Menzel vom Direktor gemachten Zusagen verweigert.

Das tollste jedoch leistete der Direktor damit, daß er die politischen Gefangenen zur Arbeit für den fürstlichen Lohn von 8 Pf. pro Tag „erziehen" will. Die Hälfte dieses „Lohnes", 4 Pf. pro Tag, wird zum Einkauf freigegeben. Wenn die politischen Gefangenen Seife, Zahnputzpulver usw. brauchen, mutet ihnen der Direktor zu, dies aus dem „Arbeitsverdienst" zu bestreiten und gestattet nicht, daß für diese Ausgaben eigene Mittel verwandt werden. Schmialek z. B. hat die ihm von der Roten Hilfe zugesandten Gelder unter Berufung auf die „glänzenden Verdienstmöglichkeiten" nicht ausgehändigt erhalten. Zur Vervollständigung der Charakteristik dieses christlichen Zentrumsdirektors, eines Freundes des Strafvollzugspräsidenten in Breslau, diene, daß dieser es fertigbrachte, den Genossen Heuck mit 14 Tagen Arrest zu bestrafen, weil er sich als 50 Prozent Kriegsbeschädigter weigerte, eine Arbeit auszuführen, die er mit der teilweise gelähmten Hand nicht ausführen konnte.

Wen wundert es, daß angesichts dieser Zustände die proletarischen politischen Gefangenen in Groß-Strehlitz immer wieder zu dem verzweifelten Mittel des Hungerstreiks greifen, um die Oeffentlichkeit auf ihre Qualen in der Marteranstalt aufmerksam zu machen. Es wird höchste Zeit, daß eine parlamentarische Untersuchungskommission jene hinter den ostpreußischen Kerkern zurückstehende Zuchthaushölle besucht, um die zahlreichen Klagen der Gefangenen entgegenzunehmen. Dies ist um so dringender, als der Herr Direktor Ankündigungen von Beschwerden des Strafvollzugspräsidenten als „Drohungen" bezeichnet und sich narisch ahndet.

Antisemitische Ausschreitungen in Budapest

Budapest, 24. Oktober

Trotzdem die antisemitische Horthy-Regierung in Ungarn den Numerus clausus eingerichtet hat, d. h. eine künstliche Beschränkung der jüdischen Studenten zugunsten der nichtjüdischen ungarischen Chauvinistensöhnchen, ist es zu schweren Ausschreitungen gegen die vorhandenen jüdischen Studenten in Budapest gekommen. Die Technischen Hochschule in Budapest überfielen 20 Studenten die jüdischen Kommilitonen und schlugen ihn durch Stockschläge auf den Kopf fast zu Tode. Man sieht, teutsche und ungarische Studenten haben große Aehnlichkeiten untereinander.

Werbt für den „Klassenkampf"

Burg-Theater
Große Gosenstr. 12 — Große Gosenstr. 12
Von Dienstag, 26. Okt. bis 1. Nov. täglich abends 6 Uhr läuft nach Wiederfreigabe
Panzerkreuzer Potemkin
mit Beiprogramm, zusammen 10 Akte
Neu für Halle! Neu für Halle!
Romantik des „Roten Mannes"

Stadt-Theater
Heute Montag, 8 Uhr: 2. Konzert
Dienstag, 8 Uhr: Das Weib im Purpur

Walhalla
Telephon 29385
Dir. Paul Blüthgen
Täglich 8 Uhr abends Gastspiel d. Leipziger Operettenhauses
Leitung: Kurt Ofers
Die leichte Isabell
Operettenchansonette in 3 Akt. n. Hans Heriert
Musik von Robert Gilbert 3870
In der Titelrolle: Lydia Petry
Orchest.-Gesel. 3,50, 3,— und 2,50
Parkett 2,50 u. 2,—

kennen auch unsere Buchhandlungen besorgen werden

Versammlungen der KPD.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Politischer Informationsabend Dienstag, 26. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, in der Produktion. Zu erscheinen haben sämtliche Mitglieder der Zellengruppenleitungen, Polleiter der Zellen, Instruktoren und sonstige aktive Parteiarbeiter der Gewerkschafts- und Genossenschaftsfraktionen. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Unterbezirk Torgau-Oschatz

Dommitzsch. Mitgliederversammlung, Dienstag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, im „Hirsch", verbunden mit engerer KPD.-Sitzung.

Unterbezirk Zeitzig

Zeitzig. Die KPD.-Sitzung findet nicht Montag, sondern Mittwoch, 27. Okt., 8 Uhr, im „Lindenhof" statt.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Frauenversammlung Mittwoch, 27. Okt., abends 8 Uhr, in der „Herberge".

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Sekretariat Fr. Klausstraße 10 II geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Montag und Sonnabend von 3 bis 5 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliederschaft. Postscheckkonto: Paul Dölcher, Halle. Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 29612.

Untergau Halle-Saalkreis

Abteilungsvorstand Norden. Heute abend 8 Uhr in „Lüderitzberg" Sitzung.
Abteilung 4 (Norden). Spielfeste. Dienstag, 26. Okt., 7½ Uhr, in „Lüderitzberg", Reilstraße, Leben. Kein Spielmann darf fehlen.
Abteilung 4 (Norden). Mittwoch, 27. Okt., abends 8 Uhr, in „Lüderitzberg", Reilstraße, große Funktionärsitzung.

Jungfront

Rote Jungfront Halle. Mittwoch, 27. Okt., abends 5½ Uhr, Paradeplatz alle Angetreten zum Marsch nach Nietleben. Schlußkameraden Spielmannszug frei lassen Zeit.
Rote Jungfront Halle. Sämtliche Abteilungsvorstände und Kameradschaftsführer am Dienstag, 26. Okt., 8 Uhr, „Goldene Aste" Sitzung.

Untergau Merseburg

Frankleben. Kameradschaft 1. Mittwoch, 27. Okt., abends 8½ Uhr, bei Böhme erster Kursusabend.

Untergau Mansfeld (Seefreis)

Eisleben. Mittwoch, abends 8 Uhr, Uebungsstunde für sämtliche Pfeifer im „Hohengallern". Noten mitbringen.

Untergau Bitterfeld

Dienstag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, im „Arbeiterhaus" in Bitterfeld Untergauleiterkonferenz. Alle Ortsgruppen haben Delegierte zu entsenden.

Untergau Wittenberg

Wittenberge. Dienstag, 26. Okt., 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.
Wittenberge. Mittwoch, 27. Okt., 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus Pflichtversammlung.
Kemberg. Jeden Dienstag abend 8 Uhr Pflichtversammlung bei Knape.

Untergau Magdeburg

Rote Jungfront und KPD. Magdeburg. Mittwoch, 27. Okt., Abteilung 1 und 2, und beiden Abteilungen von der Jungfront, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Aufsprechend über die russische Revolution.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 27. Okt., abends 8 Uhr, Bildungskursus. Thema russische Revolution.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Programme zum Begrüßungsabend am Sonnabend im „Reichsport" werden Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 5 bis 7 Uhr in der „Goldenen Aste" durch Genossen Clauß zum Preis von 50 Pf. für Erwerbslose abgegeben.
Halle. Sitzung der Sekretärin am Mittwoch, 27. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Aste". Wichtige Tagesordnung.
Halle. Funktionärsitzung am Mittwoch, 27. Oktober, 8½ Uhr, in der „Goldenen Aste". Es haben daran teilzunehmen: die Werbebezirksfrauenleiterinnen, Werbebezirksfassierinnen und alle Unterkassierinnen. Das Programm ist mitzubringen. Durchführung des Sängerabends.
Halle. Außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung Donnerstag, 28. Okt., 8 Uhr, im „Reichsport". Alle Mitglieder haben das Programm mitzubringen, da der Bezirksrat gemeinsam durchzunehmen wird.
Sangerhausen. Mitgliederversammlung Dienstag, 26. Okt., 8 Uhr, beim Genossen Aehrtrupp, Genossenstraße. Gemeinschaftsende sind eingeladen. Tagesordnung: Das Gautreffen in Halle am 30. und 31. Oktober in Halle.
Eisleben. Dienstag, 26. Okt., 8 Uhr, Versammlung der RGMW. und der KPD. im „Reichsport". Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Röthenbach. Dienstag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung mit dem Thema: Das Gautreffen in Halle.

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Verbindeldstr. 14 Fernruf 21473

Tätigung! Geht Werbeflugblätter für die Werbebroschüre „Wir leben nicht mehr!" auf.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag abend 8 Uhr für alle Mitglieder Zusammenkunft in der Produktion. Auch alle Genossen aus Kaffeemühlen, die in Schokoladen- oder Kartonagenfabriken beschäftigt sind, in der Produktion.
Halle. Mittwoch, 27. Okt., abends 8 Uhr, Mitgliedungsstunde in der „Reichskrone". Mittwoch, 27. Okt. treffen sich alle im KJVD. organisierten Genossen 7½ Uhr in der Produktionsgenossenschaft.
Bennendorf. Dienstag, 26. Okt., 8 Uhr, im „Restaurant zur Post" Gruppenabend.

Unterbezirk Merseburg

Lauerfurt. Mittwoch, 27. Okt., wichtige Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Zeitzig

Zeitzig. Mittwoch, 27. Okt., Monatsversammlung.
Eisenberg. Dienstag, 26. Okt., abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Wittenberg

KJVD. Dienstag, 26. Okt., abends 7½ Uhr, im „Kolbeheim" in Pleßerig Sitzung der Unterbezirksleitung.
Wittenberg. Mittwoch, 27. Okt., 7½ Uhr, beim Genossen Christoph Funktionärsitzung. Alle älteren Genossen haben zu erscheinen!

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, 26. Okt., Unterhaltungsabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. S., Verbindeldstraße Nr. 14

Alle Ortsgruppen rüsten zur Fahrt zum Bezirkstreffen in Bernburg am 30. u. 31. Oktober.
Halle. Dienstag, nachm. 6 Uhr, in der Produktion. Versammlung der Bes. 1, 2 und 3.
Eisenberg. Dienstag, 26. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Heim Märchenaufführungen.
Delitzsch. Mittwoch, 27. Oktober, nachm. 4 Uhr, im „Lindenhof" Versammlung.

Naumann & Co.
Färberei und chem. Reinigung
Fabrik: Jacobstraße 39, Fernruf 28324
Läden in Halle-S.: Landwehrstr. 8 (acht), Geiststr. 18
Obere Steinitzstraße 54-55 (gegenüber Viktoria-Apotheke)
Laden in Merseburg: Burgstraße 12
Wir färben und reinigen
Damen-, Herren- und Kinder-Garderobe
schnell — preiswert — gut

Nur Dienstag
billiger Fisch
15000 Pfund
grüne Heringe
prachtvolle, lebendfrische Ware, 3—4 Stück auf 1 Pfund, Pfd. 7
Wie Sie dieselben braten, Bratheringe und Salzheringe herstellen, bekommen Rezepte, die gern gratis abfolgt werden
Goldbarsch ohne Kopf
Kabeljau ohne Kopf
Schellfisch ohne Kopf
Kardonaden, bratfertig
Rotzungen, groß
Nordsee
Große Ulrichstraße

Wo speise ich gut und billig
Volkspark
Bur... 27 Telephon 2115

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Judenstraße 10
empfiehlt politische und geistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibbücher
Außerdem werden sämtliche Aufträge
Drucksachen und Zeitungen
entgegengenommen

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 9 Tel. 18
Gewerbliche Abteilung: Sprechstunden nach ausweis geöffnet 21 und 10

Bekanntmachungen

Auf die Verordnung zur Bekämpfung der Blutlaus und die empfohlenen Bekämpfungsmaßnahmen, welche in den Aushängekasten ausgehängt sind, wird besonders hingewiesen. *3865

Hohenmölsen, 20. Oktober 1926. Die Polizeiverwaltung.

Privatunterricht

Wer Privatunterricht (wissenschaftlichen Unterricht, Musikunterricht, Gesangsunterricht, Tanzunterricht, rhythmische Uebungen) erteilt, muß einen Unterrichtserlaubnisschein besitzen.

Wer ohne diesen Schein Privatunterricht erteilt, macht sich strafbar. Unterrichtserlaubnisscheine werden vom Schulratsamt Eisleben ausgestellt. *3869

Eisleben, 19. Oktober 1926.

Der Magistrat.

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, 28. Oktober, nachm. 5 Uhr, und Freitag, 29. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaale des Rathauses

1. Oeffentliche Sitzung

1. Ausscheiden von Stadtverordneten. Gültigkeit der Stadtverordnetenwahl und Einführung von zwei Stadtverordneten. 2. Wahl eines Schriftführers und Beiteilungen. 4. Vornahme von Kostandsarbeiten und Bewilligung von Mitteln. 5. Städtische Haushaltspläne für 1926 und Festlegung der Steuersätze. 6. Reparaturen im Stadtgarten-Restaurant und Weiterverpachtung desselben. 7. Erhöhung der Barackenmieter von der Mietzahlung im Winterhalbjahr. 8. Nachtrag des 3. Nachtrags des Ortsstatuts betr. die Anstellung und Besoldung der Stadtbeamten. 9. Erlaß einer Vergnügungssteuerordnung. 10. Mitgliedschaft beim sozialen Preßverbande für die Provinz Sachsen. 11. Schulgeldfreiheit für die Handelsschule. 12. Abnahme von Jahresrechnungen. 13. Kanal-, Straßenbaus- und Straßenausbau. 14. Antrag der Mietsgemeinschaft betr. Ausbau auf Neuplisterung einiger Straßenzüge. 15. Aufnahme eines Darlehns. Wohnungsbau.

2. Geschlossene Sitzung

1. Uebernahme von Witwenbezügen. 2. Erstattung von Umzugskosten an Studienrat. 3. Erstattung von Umzugskosten und Zahlung einer Wohnungsentschädigung für doppelten Haushalt. 4. Beförderung von Beamten. 5. Anstellung von Beamten. 6. Endgültige Anstellung eines Gewerbelehrers. 7. Eingabe von Mietwohnern auf Gewährung eines Darlehns.

Eisleben, 22. Oktober 1926. Der Stadtverordnetenvorsteher. 3864

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung lade ich zu einer Sitzung Donnerstag, 28. Oktober, nachmittags 5 Uhr, nach dem Sitzungssaale ergebenst ein.

Tagesordnung

1. Endgültige Anstellung mehrerer Polizeibeamten.
2. Festsetzung der Ruhegehaltsbezüge für einen Polizeibeamten.
3. Hypotheken-Bürgschaftsübernahme für ein Privatgrundstück.
4. Verstärkung der Wasserrohr-Hauptstränge im Steinsgraben und Augustastraße.
5. Nachträgliche Zustimmung:
   1. zur Pflasterung der Ludwig-Lange-Straße;
   2. zur Herstellung eines Kanals in der Austraße.
6. Nachträgliche Bewilligung der Wasserrohrlegungskosten für die Pflasterung Straße zwischen Geiser Straße und Feldstraße.
7. Luftvertrag mit dem Gartenverein „Fortschritt".
8. Entlastung der Jahresrechnungen 1925.
   1. der Oberrealschulkasse;
   2. der Elterkasse;
   3. der Wasserwerkskasse;
   4. der Schlachthofskasse.
9. Entlastung der Abrechnungen:
   1. über die Pflasterung eines Teiles der Stephanstraße;
   2. über die Pflasterung eines Teiles der Wendischen Straße.
10. Besoldungsnachweis im städtischen Haushalt.
11. Prüfungsbericht des Sparkassen- und Giroverbandes Magdeburg über die städtische Sparkasse.
12. Kassenprüfungsverhandlungen.
13. Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion.

Zeitz, 25. Oktober 1926. Der Stadtverordnetenvorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Sozialdemokratisches Werben

(Von einem früheren sozialdemokratischen Arbeiter)

In Arbeitsgemeinschaft haben sie unverdrossen gewuselt — und immer nur Böcke geschossen.
Bei jeder Schiebung scheden auch sie mit dem Bürgertum in Kompanie.

Die Reichen brachen Recht und Gesetze,
sie fanden nur Zeit zur Rußlandhetze.
Uns aber hielt man immer im Schach
mit Phrasennebel und Jungenschlag.

Im Streikabwürgen waren diese „Sozialisten" unübertroffene Spezialisten.
Für Erwerbslose hat man nur blaue Bohnen,
für den Holzhacker von Doorn aber viele Millionen.

Des Verrates Folgen bleiben nicht aus.
Es kracht im Gebälk. Es leert sich das Haus.
Man läßt die SPD.-Führer nun endlich allein
und schließt in roter Front enger die Reih'n.

Die aber sitzen erschrocken und sinnen
darüber nach, was sie wollen beginnen.
Sie versuchen zu retten, agitieren und werben.
Vergebliche Mühe. — Das Faule muß sterben.

Hilfe für die englischen Bergarbeiter

Gestern tagte im „Volkspark" die gutbesuchte Landeskonferenz der Internationalen Arbeiterhilfe, die außer einer Resolution für Kongreß der Werktätigen (welche wir an anderer Stelle veröffentlichen) folgende Entschließung für die englischen Bergarbeiter annahm hat:

Entschließung

Die am 24. Oktober 1926 im „Volkspark" zu Halle tagende Landeskonferenz des Bundes der Freunde der IAH. Halle-Merseburg sendet den kämpfenden englischen Bergarbeitern und ihren Frauen und Kindern brüderliche Grüße. Nach der siegreichen Verteidigung der proletarischen Revolution in Rußland ist dieser Kampf das wichtigste Ereignis in der internationalen Arbeiterbewegung. Die englischen Bergarbeiter, ihre Frauen und Kinder verteidigen unter größten Opfern während des halbjährigen Streiks die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern. Der mit glänzendem Elan durchgeführte Streik bedeutet eine große Schwächung des englischen Imperialismus, welcher bei den außerordentlich verschärften und brutalen Klassengegensätzen nicht wagen darf, seine blutigen Unterdrückungsmethoden in den Kolonial- und Halbkolonialländern anzuwenden. Die großen Siege der revolutionären Kantonarmee in China wurden unterstützt durch den Kampf der englischen Bergarbeiter, welche durch ihren Kampf den englischen Imperialismus an der aktiven Niederschlagung der nationalen Revolution in China hindert.

Daher ist eine verstärkte Weiterführung der Unterstützungsaktion für die Arbeiter aller Länder die zurzeit wichtigste Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung.

Die Konferenz beauftragt den Landesausschuß, in den nächsten Wochen alles daran zu setzen, die bisherigen Sammelergebnisse zu steigern. Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, in ihren Ortsgruppen, auf allen Arbeitsstellen und in den proletarischen Organisationen für die Durchführung von weiteren Sammlungen zu wirken.

Die Delegierten und Gäste fordern insbesondere die Frauen der werktätigen Bevölkerung auf, mit der Sammlung von Spenden von Wäsche und Kleidungsstücken für die Kinder der englischen Bergarbeiter zu beginnen. Keine Arbeitertrau darf hierbei zurückstehen. Die ausreichende Versorgung mit Wäsche und in Anbetracht des bevorstehenden Winters eine große Sache unserer kämpfenden englischen Brüder.

Die Landeskonferenz weist ferner alle Mitglieder auf die Notwendigkeit hin, an den weiteren Aufgaben der Internationalen Arbeiterhilfe mitzuarbeiten. Hierzu gehören die Vorbereitung von Proletarischen Weihnachtsfeiern, wo wir den ausgesteuerten Erwerbslosen als Ausdruck proletarischer Hilfsbereitschaft Zuwendungen (Kleidungsstücke, Lebensmittel) gemacht werden. Hierzu gehört auch die Errichtung von Nähstuben, die in verschiedenen Ortsgruppen des Bezirks bisher mit gutem Erfolg gearbeitet haben.

In Anbetracht des Massenelends, welches auf die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen ist, ist der Ausbau der proletarischen Kinderfürsorge ein wichtiges Arbeitsgebiet der Tätigkeit von Tagesheimen, Ferienaufenthalt, Kinderkolonien usw. Die Landeskonferenz hofft, daß in der nächsten Zeit durch einen verstärkten Ausbau unserer Organisation die Möglichkeit geschaffen wird, für Halle-Merseburg ein Kinderheim zu errichten.

Anspannung und Mitarbeit in den sozialpolitischen Ausschüssen ist notwendig. Die reaktionären und kirchlichen Organisationen verstanden bislang jeden Einfluß von Vertretern der Arbeiterschaft in der Fürsorgetätigkeit auszuschalten.

Die politische Werbung von Einzel- und Korporativmitgliedern muß verstärkt, um den Gedanken der proletarischen Hilfsbereitschaft weiterzubauen und die Aufgaben der Internationalen Hilfe in die Praxis umzusetzen.

Es lebe die internationale Solidarität!

Die internationale Solidarität hilft die Welt befreien!

(Sitzungsbericht folgt morgen.)

Kanalbau Halle-Leipzig gesichert?

In der Sitzung des Elbe-Wasserstraßenbeirats am 23. d. M. in Magdeburg teilte der Vorsitzende mit, daß die Reichsregierung die Fertigstellung des Mittellandkanals, sowie vom Südflügel die Strecken Magdeburg und Bernburg—Staßfurt—Leopoldshall mit größter Beschleunigung ausführen wolle. Auf dieser Grundlage ist, so teilt der Redner, eine Einigung mit den beteiligten Ländern erfolgt. Preußen hat bei Unterzeichnung des Vertrages einen Vorbehalt gemacht. Nach dem Stande der Verhandlungen aber die Reichsregierung sich entschließen können, den Beitrag zu erteilen. Der Beitrat stimmte dem vorgelegten Antrag zu.

Landbundhetze gegen die Erwerbslosen

Der Landbundführer versuchen, die Not der hochwassergeschädigten Kleinbauern und Pächter zu einer unverschämten Hetze gegen die erwerbslosen Arbeiter auszunützen. So nahm der Brandenburgische Landbund, der bei allen reaktionären Vorstößen die Führung hat, Ende September anläßlich einer Vorstandssitzung im Deutschen Reichslandbund-Haus eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß die bisherigen Zuwendungen von Reich und Land nicht ausreichen, um die allerdringendste Not zu lindern, daß infolgedessen große Empörung in den Reihen der märkischen Landwirtschaft herrsche. Das Vieh könne nicht durchgehalten werden, es fehle an Saatgetreide, ganze Gemeinden litten Not. Selbst die menschliche Ernährung sei gefährdet. Nach Angriffen auf die preußische Regierung, die man aus parteipolitischen Gründen stürzen möchte, kommt dann der Haupttrumpf, den die „Kreuzzeitung" extra fett druckt:

„Während den Erwerbslosen Monat für Monat mindestens 130 Millionen geopfert werden, haben die um ihre Produktionsstätte gebrachten Bauern das Empfinden, daß man über sie, weil sie ruhig sind, zur Tagesordnung übergeht."

Die Verlogenheit, Heuchelei und plumpe Demagogie der Herren Nicolas-Rostin, Stubbendorf, von Oppen usw. kommt in diesem Versuch, die Bauern gegen die hungernden Erwerbslosen zu hetzen und damit von dem berechtigten Kampf gegen das große Wucherkapital und die Großgrundbesitzer abzuhalten, drastisch zum Ausdruck.

Dieselben **deutschnationalen Abgeordneten und Landbündler**, wie Dermietzel, Genger, Giese, Hilliger, Dr. Kaufhold, Stubbendorf, Dr. v. Winterfeld, die im Landtag die Anträge der Kommunisten auf Steuererlaß, verlorene Zuschüsse und unentgeltliche Futtermittellieferungen an die werktätigen Bauern und Pächter in den Hochwassergebieten ablehnten, die es ablehnten, daß die Kommissionen der Bauern und Arbeiter den Schaden feststellen und die Hilfsaktion überwachen, haben **wahrlich kein Recht**, über die Regierung zu wehklagen. Hat doch der Abgeordnete Henken als Fraktionsredner der Deutschnationalen laut Stenogramm fast darauf beschränkt, an die Regierung „die Bitte zu richten", daß die Schadensfeststellungen sachlich, „aber auch in wohlwollender Weise" vorgenommen werden. „Ich bitte herzlich darum", meinte der tapfere Ritter, der draußen nicht genug vor den Bauern über diese Regierung schimpfen kann. Die Herren wüßten genau so gut wie die Kommunisten, daß die preußische Regierung der Braun-Severing-Höppker-Aschhoff und Stamer von selber nichts für die Kleinbauern und kleinen Pächter tun wird. Aber ihnen ist es nur darum zu tun, **daß die Großen ihr Schäfchen ins Trockene brachten**, was auch allerorts prompt geschehen ist. Die Kommunisten lehnten grundsätzlich jede Staatshilfe auf Kosten der Steuerzahler an die Großbauern und Rittergutsbesitzer ab, da diese Freunde genug haben, und verlangten: **„Die ganze Kraft des Staates muß vielmehr darauf konzentriert werden, den kleinen Leuten unter die Arme zu greifen."** Außerdem verlangten sie ausreichende **Vorbeugungsmaßregeln** zur Abwehr künftiger Hochwässer, während die Landbündler in der Hauptsache den lieben Gott für diese Katastrophe verantwortlich machen.

Die Hetze der Landbündler gegen die Erwerbslosen ist um so infamer, weil Tausende der geschädigten Kleinbauern und ihrer Familienangehörigen selber unter der Erwerbslosigkeit in der Industrie schwer leiden, hatten sie doch dort ihren notwendigen Nebenerwerb. Tausende Arbeiter aber suchten als Kleinpächter sich in Zeiten der Erwerbslosigkeit notdürftig über Wasser zu halten. Statt zu verlangen, **daß das Geld für die geschädigten Bauernwirtschaften dort geholt wird, wo es in Fülle vorhanden ist und vergeudet wird, in den Luxusvierteln der Großstädte, in den Villen und Schlössern der Großfabrikanten, Großbankiers, Großhändler und Großgrundbesitzer** — will man dem hungernden Arbeitslosenkinde das trockene Brot vom Munde reißen. Kein denkender Kleinbauer kann diese Schamlosigkeit gutheißen. Im Gegenteil, es gibt nur **einen Weg zur Hilfe, den Weg des Bündnisses der Arbeiter und Arbeitsbauern zum Kampf für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung.** Diese Einheitsfront herzustellen, soll der **Kongreß der Werktätigen** dienen. **Darum, Erwerbslose und Kleinbauern, wählt Delegierte!**

Achtung, Bauarbeiter aller Berufe! Am Dienstag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine öffentliche Versammlung aller Arbeiter der Bauberufe statt. Tagesordnung: **Die Lage im Baugewerbe und der Lohnbuch durch das zentrale Schiedsgericht.** Referent: Otto Bachmann, Berlin. Bauarbeiter aller Berufe, erscheint restlos zu dieser Versammlung, holt Euch Aufklärung — informiert Euch über die Situation im Baugewerbe und hört, was die Gewerkschaftsopposition Euch zur Lage zu sagen hat. **Alle organisierten Kollegen bringen das Verbandsbuch zur Versammlung mit.**

Für Achtstundentag und eigene Regie

Vollversammlung aller städtischen Betriebsräte

In einer außerordentlich stark besuchten Sitzung aller städtischen Betriebsräte am Mittwoch, dem 20. Oktober, wurde nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung über die sofortige Einführung des Achtstundentages Stellung genommen, was in folgender Resolution zum Ausdruck kam:

„Die vollzählig versammelten Betriebsratsmitglieder der städtischen Betriebe und Verwaltungen nahmen Kenntnis von dem Stadtverordnetenversammlungs-Beschluß über sofortige Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

Mit Bedauern müssen die Betriebsräte als die gesetzlichen Vertreter der gesamten städtischen Arbeitnehmerschaft feststellen, **daß vom Magistrat und den einzelnen Dienststellen leider bis jetzt noch nichts unternommen worden ist, um den Beschluß der Stadtverordneten zum Gemeindebeschluß zu erheben und ihn in die Tat umzusetzen.**

Die Betriebsräte haben gemäß §§ 66 und 78 des BRG. die Pflicht, eine Unterstützung der Betriebsleitung für die höchstmöglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebe, für die Einführung neuer Arbeitsmethoden, für das Einvernehmen zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeber, für die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren Sorge zu tragen. Die Versammelten sind sich ihrer Pflicht bewußt und müssen deshalb auch gerade in der jetzigen Zeit vom Magistrat und den verantwortlichen Dienststellenleitern verlangen, daß in Anbetracht der Arbeitsmarktlage, der Wirtschaftlichkeit der Betriebe sowie der Finanzen der Stadtgemeinde Halle so schnell wie möglich der Achtstundentag eingeführt wird.

Bei Einführung des Neunstundentages im Jahre 1924 hat der Magistrat sich auf die damalig vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse gestützt und den Betriebsräten in einer Sitzung klargemacht, daß, sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern, auch an eine Revision des Arbeitszeitabkommens gedacht werden soll. Diese Vorbedingungen liegen jetzt vor, und da keine tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen der Wiedereinführung des Achtstundentages entgegenstehen, erwarten die Betriebsräte, daß von seiten des Magistrats mit Wirkung ab Montag, dem 1. November 1926, die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird.

Die Betriebsräte sind bereit, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bei einer Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung zu erhöhen, um damit für eine weitere Wirtschaftlichkeit der Betriebe Sorge zu tragen.

Zum Schluß weisen die Betriebsräte noch darauf hin, daß die in der letzten Zeit vorgenommene Zschäfterung und Rationalisierung einzelner Betriebe der Stadtgemeinde Halle schon längst eine Verkürzung der Arbeitszeit bedingt."

Anschließend an diesen wichtigen Punkt der Arbeitszeit wurde eingehend Stellung genommen zu der Frage des bestehenden Ueberstundenwesens. Die Betriebsräte der städtischen Betriebe und Verwaltungen sehen sich daher veranlaßt, in aller Oeffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß das bestehende Ueberstundenwesen in der Stadtgemeinde Halle ein Verstoß gegen die zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ist.

Da trotz der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und der eingehenden Anweisungen des Arbeiterdezernats immer noch Ueberstunden verfahren werden, trotzdem eine große Arbeitslosigkeit herrscht, ersuchen die Betriebsräte den Magistrat, umgehend eine Verfügung herauszugeben, wonach alle Ueberstunden, ganz gleich, unter welchen Gesichtspunkten und aus welchen Anlässen sie gemacht worden sind, durch Freizeiten während des normalen Arbeitstages abgegolten werden.

Nur durch eine solche Maßnahme ist dem Magistrat und den Betriebsräten die Gewähr gegeben, das Ueberstundenwesen endlich auszurotten, so wie das auch durch einen Bescheid des Reichsarbeitsministeriums allen Arbeitgebern in Deutschland anheimgestellt worden ist.

In Verbindung mit diesem leider noch bestehenden Ueberstundenwesen kamen Klagen von verschiedenen Betrieben zur Sprache, woraus zu ersehen ist,

daß ein Dezernat der Stadt Halle gegen das andere arbeitet.

Trotz eingehender Beratung der Stadtverordneten über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Magistrats, wodurch eine Anzahl Neueinstellungen erforderlich werden, haben

eine große Anzahl Kündigungen von Belegschaften

stattgefunden. Besonders bei dem Streckenpersonal der städtischen Straßenbahn sind ungerechte Kündigungen vorgekommen und beschließt die Vollversammlung der städtischen Betriebsräte einstimmig:

„Es wird erwartet, daß der Magistrat den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt und alle Kündigungen unverzüglich zurücknimmt, damit das Heer der Arbeitslosen durch Entlassungen nicht noch vergrößert wird."

Zum 4. Punkt der Tagesordnung nahm die Betriebsrätevollversammlung Stellung zur Aufhebung der Eigenbewirtschaftung der städtischen Güter und erwartet vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, daß die Vorlage sofort zurückgezogen wird. **Die städtischen Betriebsräte protestieren auf das schärfste gegen die Zerschlagung der städtischen Güter und die Schaffung von weiteren Arbeitslosen.**

*

Die Entschließung der städtischen Betriebsräte, den Achtstundentag erzwingen und das Ueberstundenwesen ausrotten zu wollen, ist außerordentlich wichtig gerade in dieser Zeit, da von den reaktionären Behörden mit allen Mitteln versucht wird, gegen die städtische Arbeiterschaft vorzugehen. Besonders die Tatsache, daß ein Dezernat der Stadt Halle gegen das andere arbeitet, hat schon viele Beschlüsse zugunsten der Arbeiterschaft zunichte gemacht. Was zum Beispiel die Kündigungen bei der Straßenbahn angeht, so muß hervorgehoben werden, daß hier nicht nur die meisten Kündigungen vorgenommen werden, sondern

daß die städtische Straßenbahn auch derjenige Betrieb in Halle ist, wo die meisten Ueberstunden geschehen werden müssen.

Das muß mit so energischer Schärfe angeprangert werden, als

der jetzige Dezernent der Straßenbahn der Sozialdemokrat Dölz

ist. Herr Dölz schlägt also die Forderungen, die ja nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von seinen eigenen Parteigenossen gestellt und unterstützt werden, in den Wind. Ihm kommt es keineswegs darauf an, es den sozialdemokratischen Arbeitern in den städtischen Betrieben recht zu machen. Ihm ist es vielmehr Bedürfnis, dem deutschnationalen Oberbürgermeister Rive und dem scharfmacherischen „Arbeiter"dezernenten Geheimrat Finger gefällig zu sein. Und wenn der Beauftragte des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes, Flücht, wieder einmal von den ungerechtfertigten Kündigungen spricht, dann soll ihm der Name seines Parteigenossen Dölz ins Gedächtnis gerufen werden.

Ammendorf

Mittwoch 2 Uhr Erwerbslosen-Versammlung im „Eltertal", Mittwoch abends 8 Uhr letzter Abend des Gewerkschaftskursus. Kein Teilnehmer darf fehlen!

Ammendorf

Schwerer Unfall. Am Sonnabendabend fuhr das Auto des Fleischermeisters Krause mit einem Fuhrwerk zusammen. Krause und dessen Sohn flogen in einen Chausseegraben und trugen schwere Verletzungen davon. Der Unfall ist auf jeden Fall auf falsches Fahren des Fleischermeisters Krause zurückzuführen. Der Sohn liegt schwer verletzt zu Hause, während man den Vater in ein Krankenhaus brachte.

Seeben

Politisch-satirischer Unterhaltungsabend. Am Sonnabend, dem 30. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltet die Proletarische Tribüne Halle im Saale des Gastwirts Glaser einen großen politisch-satirischen Unterhaltungsabend, zu dem die gesamte Arbeiterschaft aus Seeben, Sennewitz, Gutenberg, Teicha usw. eingeladen ist. Das Programm ist dasselbe, wie es die Vereinigung kürzlich im großen Saale des „Volksparks" bot und das von den mehr als tausend Zuschauern äußerst beifällig aufgenommen wurde. Nach Schluß der einzelnen Darbietungen ist Tanz. Da mit einem sehr starken Besuch zu rechnen ist, empfiehlt es sich, frühzeitig Programme im Vorverkauf zu entnehmen. Solche sind zum Preise von 50 Pfg. beim Gastwirt Glaser sowie in der Konsumverkaufsstelle Seeben zu haben.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Am Dienstag, dem 25. Oktober, findet in der Produktiv-Genossenschaft ein Lichtbildervortrag statt. Wir erwarten, daß jeder Genosse erscheint. Ebenso werden alle Geigenspieler gebeten, mit ihren Instrumenten zu erscheinen.

Theater und Konzerte

Stadttheater. „Katzia", die Tragikomödie von Hans J. Rehfisch, die am Mittwoch, dem 27. Oktober, im Stadttheater zur alleinigen Uraufführung kommt, gestattet uns aus dem Theaterbureau geschrieben wird, in das Berliner Leben hinein und zeichnet in gedrängter Handlung scharf profilierte Charaktere und Typen besonders der werktätigen Bevölkerung. Der Autor weilt seit einigen Tagen in Halle, um den letzten Proben seines Stückes beizuwohnen.

Im Burgtheater läuft der Film **Das Jahr 1905** („Panzerkreuzer Potemkin"). Derselbe war lange Zeit verboten und ist auf seine Freigabe hin für Halle nochmals eingesetzt. Im Beiprogramm befindet sich als neu „Die Romanze des Roten Mannes". Am Mittwochnachmittag 3 Uhr findet eine billige Jugend- und Familienvorstellung statt. Jugendliche 20 Pf., Erwachsene 50 Pf.

Briefkasten

Zentralverband der Steinarbeiter. Notiz vollkommen unverständlich gehalten, kann daher nicht veröffentlicht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Die hohe Polizei hat geruht ...

Am 12. September 1926, nachmittags 2.30 Uhr, zog durch die Straßen Bitterfelds ein von der Polizei genehmigter Demonstrationszug. Unter ihm befand sich auch das Auto des „Klassenkampf". Nun erhält unter dem 11. Oktober der Führer dieses Wagens, Genosse Otto Sare, ein Strafmandat zudiktiert, weil er an jenem Tage in dem polizeilich genehmigten Demonstrationszug durch Straßen gefahren sei, die für Kraftfahrzeuge verboten waren. Diese Uebertretung wird bewiesen durch einen Polizeiwachtmeister mit unaussprechlichem polnischen Namen, der sich samt einem Bureauinspektor gleicher Nationalität scheinbar berufen fühlt, hier in Deutschland Ordnung zu schaffen. Es wäre doch wirklich gerichtlich zu untersuchen, ob das für den „Klassenkampf" demonstrierende „Klassenkampf"-Auto zur genehmigten Demonstration gehört hat oder nicht. Aber wir wollen großzügig sein und den lieben „Vater" Staat nicht in einen Prozeß von jahrelanger Dauer und damit in große Unkosten stürzen. Unser Genosse wird — bußfertig, wie wir immer sind — die 3 Mark Geldstrafe hinterlegen oder seinen einen Tag Haft dafür verbüßen. Warum allerdings die Polizeiverwaltung noch 1 Mark für Portoauslagen verlangt, ist uns unverständlich. Wahrscheinlich sind ihre Briefe von so hoher Wichtigkeit, daß sie unter den Tarif der „Wertbriefe" fallen. Worin das begründet liegen soll, ist uns jedoch ein Rätsel.

Von Tor zu Tor

Vom Arbeitsnachweis Eisleben wurde ein Arbeiter mit seiner Frau zur Zuckerrübenernte an Wendenburg verwiesen. Es wurde ausgemacht, daß er 14 Mark pro Morgen erhalten sollte. Nun hatte er drei Mieten à 36 Ruten abgeerntet und erhielt dafür nur 2,88 Mark. Auf seine Vorstellungen sagte ihm der Inspektor, daß er davon noch 1,55 Mark sparen könne. Ueber diesen Betrug versuchte der Arbeiter sich beim Landrat zu beschweren, doch wurde ihm grob angedeutet, er sollte das Amt sofort verlassen. Darauf pilgerte er zum Gemeindeamt nach Unterröblingen, in der Hoffnung, daß er dort etwas Unterstützung erhalten würde. Doch auch hier wird er von dem berüchtigten Grumbach glatt abgewiesen. Ein anderer „Staatsbeamter des Dorfes" — der Nachtwächter — meinte, wenn er im Stahlhelm oder im Kriegerverein organisiert wäre, dann wäre es anders. Er muß die Arbeit auf jeden Fall machen, sonst fliegt er ins Arbeitshaus. Auch bei Riebeck fragte er um Arbeit nach, wurde aber ebenfalls abgewiesen. Von Tor zu Tor, von Tür zu Tür . . . Natürlich gestattete sich das „Eisleber Tageblatt" gegen diesen Arbeiter noch eine Gemeinheit. Angeblich soll er auf dem Wege nach Eisleben einen Jungen überfallen haben. Uns konnte er unter Benennung von Zeugen nachweisen, daß dieser ganze Vorgang aus der Luft gegriffen ist.

So irren Millionen hungernd in Deutschland umher. Wann wird sich die gesamte Arbeiterklasse auftraffen und diesem Elend ein Ende machen?

Merseburg-Querfurt

Im Uebereifer!

Der Merseburger Landrat Guske hat dem durch Selbstmord geendeten Kriegsabgeordneten und Kurpensionsinhaber Lehrer a. D. Reisel-Baldiß einen ehrenden Nachruf gewidmet und darin betont, daß der Kreistag und Kreisausschuß den Verstorbenen stets mit besonderer Hochschätzung gedenken werden. Zugunsten des Landrats nehmen wir an, daß er die abscheulichen Handlungen Reisels an ihm anvertrauten Kindern nicht gekannt hat, obwohl dies Herrn Guske keineswegs entschuldigen kann. Herr Guske sollte endlich gelernt haben, in seinen Handlungen vorsichtiger zu sein. Wir erinnern Herrn Guske nur an seinen Uebereifer bei den Anschuldigungen gegen den Amts- und Gemeindevorsteher Schmöller, die sich dann restlos als haltlos erwiesen haben.

Die Jugend marschiert

Am Sonntag, dem 24. Oktober, fand in Lützen ein Jugendtreffen des Kommunistischen Jugendverbandes statt. Dieses Jugendtreffen war mit einer Fahnenübergabe an die Ortsgruppe des Kommunistischen Jugendverbandes verbunden, die an diesem Tage auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Schon am Sonnabend hatten sich viele Arbeiter, darunter eine Menge Jugendliche, im „Bürgergarten" versammelt, wo der Kommunistische Jugendverband einen Werbeabend veranstaltete. Im Mittelpunkt stand ein Referat des Genossen Beyling, Halle, der in ausführlichen Worten auf die elende Lage der Jungarbeiter und die Rolle des Kommunistischen Jugendverbandes einging. Ein Kampflied beschloß den in allen Teilen gelungenen Werbeabend. — Am Sonntagmorgen fanden sich Delegationen mehrerer auswärtiger Ortsgruppen des KJVD. ein, um an der Fahnenübergabe teilzunehmen. Am Nachmittag formierte sich ein ansehnlicher Demonstrationszug, der sich zuerst nach dem Marktplatz bewegte. Voran marschierte die Kapelle des RFB. Alsdann folgte die Jugend, Ortsgruppe Lützen. Hinter ihr schritten die einzelnen Fahnendelegationen aus Merseburg, Weißenfels, Querfurt, Schkeuditz, Modelwitz usw. Den Schluß bildeten die roten Frontkämpfer und Parteigenossen von Lützen. Auch die junge Ortsgruppe des RFMB. marschierte mit im Zuge. Auf dem Marktplatz begrüßte der Genosse Baumann die auswärtigen Genossen, worauf der Genosse Benling das Wort ergriff und die Jugend aufforderte, sich um die rote Fahne des Kommunistischen Jugendverbandes zu scharen und mitzuhelfen, den Kampf der Arbeiterklasse bald siegreich zu beenden. Darauf wurde die Fahnenübergabe an die Ortsgruppe des KJVD. vorgenommen. Eine Genossin legte ein kurzes Gelöbnis auf die rote Fahne ab, worauf der Kotgardistenmarsch wuchtig über den Platz erschallte.

Nach einer anschließenden eindrucksvollen Demonstration versammelten sich alle Genossen wieder im „Bürgergarten", wo dann auch der Abend noch gemeinsam verbracht wurde.

Leuna. Eine schwere Kopfverletzung zog sich in den Leunawerken der 34jährige Monteur Karl Becker aus Gelsenkirchen zu. Er stürzte dort aus 1½ Meter Höhe ab und zog sich durch eine nachstürzende Transportwalze die gefährliche Kopfwunde zu.

Goddula. Berichtigung. Es ist unwahr, daß ich die Tür zum Stall meiner Schwägerin Lydia Thate erbrochen habe. Richtig ist, daß ich die Tür zum Gelaß, wo meine Wagen aufbewahrt sind, aufgebrochen habe. Hühner konnten keine herumfliegen, weil keine drinnen sind und waren. 2. Mit seiner Mietpartei habe ich Vereinbarung getroffen, den Kessel zur Wäsche benützen zu können. In meiner Küche steht der Kessel, folglich nicht im Waschaus; da aber in der Küche meine Möbel stehen, bin ich wohl im doppelten Recht, wenn ich abschließe. 3. Vom Amtsvorsteher erhielt ich die Aufforderung, den Abort zu beseitigen. Da ich den Maurer für den

Berichtet sofort von Euren Erfolgen bei der Werbearbeit

14. Oktober bestellt hatte und er die Ziegelsteine vom alten Abort verwenden wollte, habe ich denselben mit vollem Recht zusammengehauen. Die Nebenbemerkung ist mir zu dumm, um mich dazu zu äußern. 4. Eine Abfindungssumme ist mir niemals für eine Wohnung bezahlt worden. Vielmehr inserierte der Arbeiter Beer im Dürrenberger Blatt: „Dreißig Mark demjenigen, welcher mir eine Wohnung zuweist usw." Ihr Arbeiterkorrespondent scheint Wahrheit und Lüge nicht unterscheiden zu können. 5. Ob ich 2 Männer oder 10 hatte, ob er zweimal oder zehnmal abrückt, es ist wohl meine alleinige Angelegenheit, es kennzeichnet aber den Fuchs, daß er rote Haare hat, sonst würde er nicht im Kampforgan solchen Unsinn berichten. Der ganze Artikel riecht nach Degeneration. Der Verfasser scheint über die Kirchturmspitze nicht sehen zu können, sonst würde er sachlicher bleiben. Was Gescheites hat der Ihnen noch nicht berichtet, nur kindischen Dorftratsch, den jeder dumme Junge belacht. Dies zur gefälligen Kenntnisnahme. Mit Hochachtung! **Alma Stieler, geb. Thate.**

Wahrlich, diese Berichtigung, die die Angaben unseres Berichterstatters nur bestätigt, wird „jeder dumme Junge belachen"!

Schkeuditz. Gemeinsame Jugendfeier. In einer Kommissionssitzung, bestehend aus dem Bildungsausschuß, Gemeinschaft proletarischer Freidenker und Freidenker der Feuerbestattung, wurde einmütig beschlossen, die Jugendfeier 1927 gemeinsam durchzuführen. Anmeldungen zum Unterricht, welcher von zwei Lehrern geleitet wird, nehmen entgegen Frau Holder, Turnerstraße 2; Kurt Held, Ringstraße 7, und Otto Klepzig, Bahnhofstraße 50.

Schkeuditz. Generalversammlung der Konsumgenossenschaft. Kommt alle in die Konsumgenossenschaftsversammlung, erörtern seit vierzehn Tagen die Reformisten in allen ihren Zusammenkünften, Versammlungen und Rundschreiben an ihre Mitläufer, damit nicht etwa die dreimal verfluchten Kommunisten Einfluß im Vorstand und Aufsichtsrat erlangen könnten. Nun war der große Tag herangekommen. Die treuen Schäfchen waren dem Rufe ihrer Drahtzieher gefolgt, auch wenn sie sonst ihre Ware beim bürgerlichen Krämer holen. Hier aber mußte man erscheinen, galt es doch, den in letzter Versammlung gewählten Kommunisten wieder herauszubringen. Der Geschäftsführer Hübler konnte in seinem Jahresbericht nichts Erfreuliches über den Stand der Genossenschaft berichten. Der Umsatz stieg zwar um 23 000 Mark im abgelaufenen Geschäftsjahr. Verglichen mit der Mitgliederzahl von über 1400 ist er trotz der Steigerung sehr gering, kaufen doch auch nur 350 Mitglieder ihre Waren in ihrer Genossenschaft ein. Gegen die umliegenden Genossenschaften von Gleisen und Röglitz, die in den letzten Jahren unter der Leitung von kommunistischen Geschäftsführern und Vorständen einen glänzenden Aufstieg zu verzeichnen haben, vegetiert die Schkeuditzer Genossenschaft dahin, trotzdem sie nun schon seit Jahren einen angestellten Geschäftsführer hat. Somit hatte die damalige Generalversammlung recht, als man den Vorschlag des Vorstandes, mit großer Mehrheit ablehnte, da Hübler für diesen Posten nicht geeignet sei. Doch verhöhnte man die Mitglieder mit der Erklärung vom Vorstandstisch aus, vorschlagen könnte die Versammlung ja, wen sie wolle, gewählt würde der Geschäftsführer immer durch den Gesamtvorstand, und Hübler wurde denn auch der Einzige, ein aufgezwungen und damit ein Mann an die Spitze gestellt, zu nie verstehen wird, die Genossenschaft zu einer wahren Kampforganisation gegen den Kapitalismus auszubauen. Zu dem Geschäftsbericht erfolgte die Wahl von einem Vorstandsmitglied und vier Aufsichtsratsmitgliedern. Es gelang der Opposition diesmal, noch einmal mit geringer Mehrheit, 65 gegen 58 Stimmen, den Vorstandssitz und die Aufsichtsratssitze an sich zu reißen. Der vierte Aufsichtsratssitz war Ersatzwahl für ein verstorbenes Mitglied von der Filiale Modelwitz. Hier ergab die Wahl 61 Stimmen. Es entschied das Los, welches zugunsten des Genossen Vorschlages fiel, so daß man, bis auf ein Mitglied im Aufsichtsrat die Verwaltung wieder kommunistenrein hat. Uns wird es anspornen, mit noch mehr Eifer für den Aufbau unserer Genossenschaftsbewegung zu agitieren. **Jeder Kommunist muß Mitglied im Konsumgenossenschaft werden.** Dann wird es uns auch in Schkeuditz gelingen, aus der Genossenschaft das zu machen, was sie soll: **Ein Kampforgan der revolutionären Arbeiterschaft im Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus!**

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Achtung, Pächter! Die Stadthauptkasse Zeitz schreibt uns um Aufnahme folgender Zeilen: Die Pächter städtischer Ackerstücke und Gartenparzellen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die 2. Rate des Pachtgeldes umgehend zu bezahlen ist. Spätere Zahlung ist mit Kosten verbunden.

Jauche. Endlich den Mut gefunden. Am 15. Oktober wurde in unserem Orte Gemeindevertretersitzung, die eigentlich schon vor vier Wochen hätte stattfinden müssen, weil die Gemeindevertretersitzung am 15. September einen Dringlichkeitsantrag gemeldet hatte. Am 10. September, wo ebenfalls Gemeindevertretersitzung war, hatte der Gemeindevorsteher Ernst Krug bekanntgegeben, daß das Gemeindefeld am Hohenmirsberge verpachtet werden muß. Er hatte aber dabei ganz vergessen, daß er besondere Absichten hegte und dieses der Gemeindevertretersitzung verheimlicht. Und siehe da, bei der Pachtfestsetzung stellten sich seine Geheimnisse heraus. Er hatte den Hofbesitzer und Landwirt Hugo Röder eingeladen, um seine mit drauflos zu machen. Es sollte den Arbeitern aus unserem Orte, die gern ein bißchen Land haben möchten, nicht so leicht fallen, welchen zu bekommen. Röder wollte es aber der Teufel, daß sich vernünftige Proletarier dem Verpachtung einstellten und der Gemeindevertreter Karl Meißner gegen dieses Vorhaben scharf protestierte, so daß der Gemeindevorsteher dem Landwirt Röder das Bieten mit folgenden Worten unterlagte: „Hugo, wenn Du das Feld gern haben willst, so gebe auch 20 Mark dafür. Da kannst Du Dich mit dem Pächter in Verbindung setzen und pachtest diesem das Feld wieder ab." Bemerkenswert ist der Gemeindevorsteher auch ein Landwirt, daher die Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus.) Es fand sich ein Pächter namens Max Bielichen, der es tatsächlich fertigbrachte, auf dieses Angebot einzugehen. Zu diesem Verhalten des Gemeindevorstehers reichte die Arbeitervertretersitzung einen Dringlichkeitsantrag ein. Wer aber dachte, unser Gebieter würde eine Sitzung einberufen, der war auf dem Holzwege. Das kann man seine Herr nicht wissen, wenn das ein Dringlichkeitsantrag bedeutet. Er ist ja erst seit 1919 Gemeindevorsteher. Endlich, nach vier Tagen wurde die obengenannte Gemeindevertretersitzung einberufen. Siehe da, auf der Tagesordnung fehlte dieser Dringlichkeitsantrag. Ob Ernst wohl gedacht hat, das fällt den Gemeindevertretern nicht auf, daß hier etwas fehlt? Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn gleich bei Eintritt in die Tagesordnung stellte Genosse Max Kunath das Wort zur Geschäftsordnung, indem er den Gemeindevorsteher tüchtig und verlangte, daß der Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gesetzt wird, und zwar als 6. Punkt. Es wurde beschlossen, daß die Afterverpachtung ungemacht werden muß. Punkt 2. Erhöhung der Gewerbesteuer, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Punkt 3, Beschaffung von Straßenbeleuchtung, wurde zugestimmt. Es muß aber noch eine Sitzung wegen Unstimmigkeiten gemacht werden. Punkt 4, Aufwertung der Kriegsanleihe von 1918. Diese wird in einem Jahre „aufgewertet". Unter „Verschiedenes" wurden noch Kleinigkeiten erledigt. Der Gemeindevorsteher beklagte sich über den niedrigen Betrag der Entgegnungsstener. Er nimmt an, daß bisher gemogelt worden ist. Hier soll eine Kontrolle durchgeführt werden. (Es sind ja nicht Arbeitervereine, die hier Vergnügen machen.) Während der Sitzung brach sich ein Proteststurm der Zuhörer Bahn. Arbeiter, kommt weiter zu die Sitzungen besuchen! Nun, Herr Landrat, Sie sind auch noch ein Wörtchen. Die Arbeitertraktion hatte zu diesem Verhalten des Gemeindevorstehers ein Protestschreiben an Sie gerichtet. Wir sind mir sehr gespannt auf eine Antwort von Ihnen. Wir werden nicht eher ruhen, bis hier Klarheit geschaffen ist.

Berichtet über den Roten Landsount

Die weiße Feme

Ein Femeroman aus Deutschlands Gegenwart

7]

Von Traugott Lehmann

„Nein, nur um die Sicherheit des Herrn Abgeordneten", höhnte die Frau.

„Schweigen Sie!" In seiner Angst und Ratlosigkeit verlor Bulle völlig den Kopf.

Ilona erhob sich und erklärte mit eisiger Ruhe: „Es wird meine Auftraggeber lebhaft interessieren, zu erfahren, wie ihre Abgesandten behandelt werden. „Gute Nacht, meine Herren."

Langsam schritt sie der Tür zu.

Friedrich schnellte auf und versperrte ihr den Weg.

Bulle packte sie beim Arm. „Um Gottes willen! Bleiben Sie! Sie müssen doch begreifen, daß ich außer mir bin, daß ich in einem derartigen Augenblick nicht jedes Wort auf die Waglchale legen kann. Verzeihen Sie meine Heftigkeit. Helfen Sie uns lieber; Ihr kluger Frauenkopf wird vielleicht Rat wissen."

Ilona warf ihm einen verächtlichen Blick zu, doch gestattete sie ihm, sie sanft in einen Sessel zu drücken. „Vor allem kommt es darauf an, wie sich der Kerl verhalten wird", meinte sie.

„Gut, darauf kann ich schwören!" rief Friedrich.

Bulle schien weniger überzeugt. „Wir können nur das Beste hoffen", meinte er trübselig.

„Und wenn er die Wahrheit gesteht?", fragte Ilona.

„Dann sind wir verloren!"

„Noch nicht ganz", meinte die Frau, „vielleicht können wir die Sache auf andere abwälzen. Ein kommunistischer Mord?"

Bulle schüttelte den Kopf: „Es wird der Polizei ein Leichtes sein, den Beweis zu erbringen, daß Lerner unseren Kreisen angehörte."

Ilona machte eine ungeduldige Gebärde. „Wir daheim haben unsere Polizei besser in der Hand. Nichtsdestoweniger müßte die Sache zu machen sein; ein kommunistischer Spitzel, der sich bei uns eingeschlichen hat . . ."

„Das geht nicht", erklärte Friedrich bestimmt. „Wir dürfen Lerner nicht so in Stich lassen. Er ist ein treuer Kamerad; wir müssen zu ihm halten."

„Nur jetzt keine Sentimentalität", rief Bulle ungeduldig. „Die Idee ist nicht schlecht."

„Ich könnte mich mit meinem Freund Dampfer in Verbindung setzen", sprach Ilona. „Er soll die Nachricht bringen unter einer schönen Ueberschrift, wie etwa: „Die kommunistischen Morde mehren sich! Der Bürger ist seines Lebens nicht mehr sicher!' Soll ich auf die Redaktion gehen?" Ihre Augen leuchteten, ihre Wangen glühten; nun, da eine ernsthafte Gefahr bestand und man handeln mußte, fühlte sie sich in ihrem Element.

„Wenn Ihr das tut, wenn Ihr Robert derart die Treue bricht", schrie Friedrich mit vor Aufregung sich überschlagender Stimme, „dann zeig ich Euch an!"

Bulle erblaßte. „Ruhe, mein Junge, nur keine Uebereilung."

„Wofür auf einmal das zarte Gewissen?" höhnte Ilona. „Als Sie erfuhren, daß neulich wegen Mordverdachtes ein gewisser Ignaz Schmidt verhaftet wurde, beunruhigte Sie das nicht im mindesten, obwohl Sie genau wissen, daß der Mann unschuldig ist. Im Gegenteil, Sie freuten sich darüber."

„Wie können Sie die beiden Fälle vergleichen?" brauste Friedrich auf. „Dort handelt es sich um einen dreckigen Proleten, einen Kommunisten, hier aber um einen wahrhaft deutschen, treu völkisch gesinnten Mann, um meinen Freund . . ."

„Richtig," unterbrach ihn Ilona, jedes Wort betonend, „um Ihren Freund. Ich würde nicht so leichtfertig vom Anzeigen anderer reden, wenn lieber Friedrich. Soweit mir bekannt ist, gibt es einen § 175 . . . Wäre es Ihnen angenehm, mit diesem Paragraphen in Konflikt zu geraten?"

Bulle warf Ilona einen bewundernden Blick zu: ein Teufelsweib, das denkt doch an alles; nun wird dieser widerliche Bursche nicht mehr wagen, den Mund aufzumachen.

Friedrich war totenblaß geworden; er wollte etwas sagen, aber die Worte blieben ihm in der Kehle stecken.

„Wir müssen uns mit Stoltenkamp und Böcher beraten", sprach Bulle nun etwas beruhigt, „und den Verlauf der Dinge abwarten. Im Notfall können wir uns dann immer noch Ihres vorzüglichen Planes bedienen, liebste Ilona."

IV.

Robert Lerner saß in der Zelle und überlegte. Wie soll er sich verhalten? Soll er ein Geständnis ablegen? Und wenn ja, wieviel soll er gestehen? Werden die Seinen für ihn eintreten, oder aber werden Sie ihn im Stich lassen? Er verfluchte die eigene Dummheit; weshalb war er nicht gleich nach München gefahren? Dort hätte er sich noch längere Zeit ungefährdet aufhalten können, Budapest lockte ihn nicht. Er kannte die Sprache nicht, sie sich dort verloren gefühlt. Weshalb hatte er sich überhaupt auf die ganze Sache eingelassen? Freilich hatte Dimmer den Tod verdient, war ein Verräter, ein Spitzel gewesen; dafür gab es untrügliche Beweise. Aber weshalb mußte gerade er, Robert Lerner, das Todesurteil vollziehen? Der erste mißglückte Versuch hätte ihm zur Warnung dienen sollen. Wenn er nur wüßte, ob er sich auf Stoltenkamp und Böcher verlassen konnte?

Lerner verbrachte die folgenden Tage in tiefem Grübeln. Insgeheim hoffte er, daß die Freunde ihm Nachricht zukommen würden. Aber er erhielt keine. Er wurde immer nervöser. Er fürchtete aber auch die Seinen, falls er sie bei Tage oder Nacht erschienen vor seinen schmerzenden Augen auftauchten, die dunklen Zellenwand leuchtende Buchstaben, die sich zu Worten zusammenfügten, wohlbekannten, schauerlichen Worten: „Verräter verfallen der Feme!"

Nach einer Woche war er völlig gebrochen; er legte ein Geständnis ab; nannte jedoch keine Namen.

Tage vergingen, endlos sich schleppende Tage; die Leiche blieb trotz aller Bemühungen der Polizei nicht gefunden werden.

Lerner bekam Tobsuchtsanfälle, die nur zum Teil simuliert waren. Er hatte bereits jede Hoffnung aufgegeben. Sein Körperzustand verschlechterte sich. Er kam in ärztliche Behandlung. Eines Tages brachte ihm der Arzt zwei Weißbrötchen, gab sie ihm mit den Worten: „Essen Sie, das wird Ihrem geschwächten Magen gut."

Lerners überwachte Sinne glaubten aus den einfachen Worten einen verborgenen Sinn klingen zu hören. Als er wieder allein in der Zelle war, brach er mit zitternden Händen die Brötchen auf. In dem einen stak ein kleiner Zettel, auf dem mit winzigen Buchstaben geschrieben stand:

„Etwas wird sich ereignen; sobald es geschieht, nimm Dich unverzüglich zurück. Kopf hoch."

Von diesem Augenblick an war der Strafgefangene Robert Lerner wie umgewandelt. Er aß mit gutem Appetit die schlechte Gefängniskost und schlief die ganzen Nächte hindurch fest und traumlos wie ein kleines Kind.

Viertes Kapitel

Der Genosse Rechtsanwalt

I.

Zum ersten Male seit seiner Verhaftung stand Ignaz Schmidt einem Menschen gegenüber, in dem er nicht einen Feind zu sehen brauchte. Der Wärter öffnete die Zellentür. „Ihr Rechtsanwalt will Sie sprechen, Schmidt."

Ein kleines, mageres Männlein trat ein; krause, schwarze Haare umrahmten ein klasses Gesicht, aus dem die gekrümmte Nase hervorragt. Hinter der großen Hornbrille blickten scharfe, dennoch gütige Augen hervor. Der Rock des Mannes war zerknittert, die Krawatte saß schief, die Absätze an den Stiefeln waren abgetreten: der Herr Rechtsanwalt Bernhard Birnbaum machte einen wohlhabenden bürgerlichen Eindruck. (Forts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0006

Das Reich muß helfen

Hochwassergeschädigten-Versammlung in Zöschen — Regulierung der Elster und Luppe — Flußläuie — Millionen für die Hohenzollern — Worte für die Kleinbauern

In der zum Donnerstag, dem 21. Oktober 1926, nach Zöschen vom Merseburger Landrat Guske einberufene Interessenten-Versammlung waren geladen, Sachverständige vom Landeskulturbau-amt, von der Landwirtschaftskammer und auch von der „Rebenbewegung" vom Landbund. Nicht eingeladen waren die Mitglieder des Kreisausschusses.

Landrat Guske wies an Hand von amtlichem Material nach, daß schon seit 1900 Versuche gemacht und Pläne ausgearbeitet worden wären, um die Elster- und Luppe-Aue zu regulieren. Bisher sei alles an der Geldfrage gescheitert. Da nun aber Leipzig sei alles an der Geldfrage gescheitert. Da nun aber klar, daß die Auebewohner, auf 10 Jahre berechnet, im höchsten nur drei Ernten haben die als normal anzusprechen sind, eine Regelung gefunden werden. Es steht ferner fest, führte Luppe-Aue sich

ein Mehrertrag bei der Ackerfläche, in Weizen umgerechnet, von 48 800 Zentner ergibt

den Wiesen ergibt sich ein Mehrertrag von 180 000 Zentner Diese Produkte in Geld umgerechnet ergeben die Summe von 900 bis 900 000 Mk. jährlich. Das schlimmste und für die Auebewohner das gefährlichste sind die Abwässer der Stadt Leipzig, die mit ihrer unzureichenden Kläranlagen den ganzen Mo- in die Luppe-Aue führten. Trotzdem rührt sich der Rat der Stadt Leipzig nicht, Abhilfe zu schaffen oder einen angemessenen Beitrag zur Durchführung einer Aenderung zu leisten.

Landrat der Ausführte betont Dr. Schröder vom Landeskulturbau-amt, daß die Durchführung des Binnengrabensystems zwischen Elster und Luppe durchgeführt werden müßte, was natürlich

die riesige Summe von 29 bis 25 Millionen

erfordern würde und vielleicht mit Hilfe der Erwerbslosen durchgeführt werden könnte. Der Vertreter der Landwirtschaftskammer stellte fest, daß die Interessenten (Anliegern) anheim, sich finanziell an der Sache zu beteiligen und hoffte auf den Staat, der doch Kultivierung von Oed- und Moorland viele Millionen hinaus- und hier noch gar nichts getan hat.

Bürgermeister von Trotha (Schkopau) als anliegender Interessent und zu- Genossenschaftsrat des Landbundes gab bekannt, daß der Land- (zu diesem Zweck?) eine Interessengemeinschaft gebildet hat. Landrat betonte zum Schluß, daß er nicht ruhen wolle, bevor Elster- und Luppe-Aue zur Hebung der Bodenkultur und Kultivierung der genannten Flußläufe etwas Durchgreifendes geschehen sei, und bei um alleiniige Unterstützung.

Bemerkung des Berichterstatters.

Es muß noch lange Zeit wird dahinfliegen, ehe ein Ausweg aus den traurigen Zuständen geschaffen ist. Der nasse Herbst läßt schließen, daß die Aue-Bewohner die Herbstbestellung nicht vornehmen können. Daraus ergibt sich, daß so mancher

vor dem wirtschaftlichen Ruin

und rettungslos zugrunde gehen wird. An eine Aufrechterhaltung der Wirtschaft ist bei vielen kaum zu denken, selbst dann wenn die Unterstützung, die der Eingelne bekommen hat, in Wegfalle geworfen wird. Man muß bedenken, daß die Kartoffelernte zurzeit 75 Prozent höher sind als im Vorjahr, und daß Getreide um 50 bis 100 Prozent teurer geworden ist, das doch beim Heu zutrifft, und das alles Produkte, die den Hochwasserschädigten fehlen. Ist es nicht eine Schmach und Schande, daß ein Teil der Grundbesitzer, von den sich wirklich in Not und Elend befindlichen Aue-Bewohnern, solche Preise zu fordern wagt? Wo bleibt da die Regierung? Wo die Landbund-Nebenregierung? Wo die Landwirtschaftskammer? Alle drei vorgenannten Stellen sind nur die Interessenvertreter der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten. Diese Herrschaften denken ja gar nicht daran, den Kleinen und Kleinsten zu helfen. Erst der letzte Kreistag hat das bewiesen, wo die Vertreter der Großgrundbesitzer frech behaupteten, daß es den großen Besitzern schlechter geht als den kleinen.

Warum wurde in keiner bürgerlichen Presse — auch im „Volksblatt" nicht — die von der KPD-Fraktion eingebrachte Kreistag-Resolution veröffentlicht? Alle Redner in der Zöschener Versammlung klagten über die Interessenlosigkeit der Stadt Leipzig und des Freistaates Sachsen gerade aus diesem Grunde. So hat einzig und allein die Resolution der KPD.-Fraktion den richtigen Weg, die richtige Lösung gezeigt. Nachstehend bringen wir dieselbe noch einmal zur allgemeinen Kenntnis und genauen Beurteilung aller Interessenkreise.

Resolution der Kommunisten

Die Staatsregierung wird dringend ersucht, beim Reiche und den Nachbarstaaten, besonders Sachsen, Thüringen, Anhalt und Braunschweig alle möglichen Schritte bei jeder Gelegenheit zu unternehmen, daß endlich die noch vorhandene Selbständigkeit der Länder innerhalb des Reiches aufgehoben wird. Die Vielstaaterei ist ein Hemmnis in Wirtschaft und Verwaltung. Zur Zeit ist ein besonderer Anlaß, zu dieser Rückständigkeit der Verfassung des Deutschen Reiches Stellung zu nehmen, die Tatsache, daß **die Hochwasserschäden den gewaltigen Umfang angenommen hatten, weil die durch verschiedene Länder gehenden Flußläuie oftmals in einem Lande außerordentlich vernachlässigt worden sind und die Einwohnerschaft anderer Länder den Schaden zu tragen hatte.** Hierfür ist als ein drastisches Beispiel der Zustand der Weißen Elster und der Luppe zu nennen. **Einstweilen ist die Regelung und Instandhaltung aller Flußläuie zweiter und dritter Ordnung restlos auf das Reich zu übertragen.**

*

Diese Resolution kam zur Abstimmung. Wie war das Resultat? Kommunisten und Sozialdemokraten und ein einziger Demokrat stimmten dieser einzig und allein richtigen Lösung zu. Die Landbündler und sogenannten Wirtschaftsparteien und zwei Demokraten enthielten sich der Stimme, so daß mit knapper Majorität die Resolution angenommen wurde. So steht in Wirklichkeit die praktische Hilfeleistung der Großagrarier für ihre „kleinen Brüder" im Elster- und Luppe-Gebiet aus!

Wir, als Kommunisten, rufen den hilfesuchenden Aue-Bewohnern zu: **Gebt den Landbundagrariern den wohlverdienten Fußtritt und schließt Euch dem Bund schaffender Landwirte an!**

An dem Willen des Landrats Guske, das Aue-Gebiet zu heben und zu fördern, wird kaum jemand zweifeln, aber auch ihm sei gesagt, daß seine großen Ministerparteifreunde andere „wichtige" Probleme unter Dach und Fach zu bringen haben. Erwähnt sei nur die Fürstenabfindung, wo sie den ausgerissenen Hohenzollern Millionen in den Rachen warfen und die sozialdemokratische Fraktion wie artige Schulbuben in den Bänken sitzen blieb und sich der Stimme enthielt.

Es gibt nur eine Lösung: Zusammenschluß aller Werktätigen, — und dazu gehört auch der schaffende Landwirt — zu einer Klassenfront, zur Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung, und zum Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft.

Neues aus aller Welt

Großfeuer in Gräfenthal bei Saalfeld

Am Sonnabendabend brach in Gräfenthal in einem am Marktplatz gelegenen Holzschuppen Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Die Feuerwehr war machtlos. Bald standen an Wohnhäuser und zwanzig Nebengebäuden, die einen großen Häuserblock umfassen, völlig nieder. Fünfzehn Familien sind obdachlos. Die Saalfelder Feuerwehr war allein 12 Stunden lang angestrengt Wassermassen aus Brandherd, ohne jedoch etwas zu retten. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Gräfenthal gehörte früher zum Herzogtum Sachsen-Meiningen, liegt im Thüringer Wald an der Bahnlinie Probstzella—Lauscha und zählt kaum 3000 Einwohner. Die kleine Stadt besitzt Amtsgericht und ein Krankenhaus.

Ein englisches Kriegsschiff im Orkan gesunken

In der Nähe der Bermuda-Inseln hat ein schwerer Orkan gewütet, von dem bisher vorliegenden Meldungen zufolge leider auch Menschen zum Opfer gefallen sind. Das englische Kriegsschiff „Aktion" ist am Freitagnachmittag vor Bermuda in einem Sturm gesunken. 19 Offiziere und Mannschaften, darunter der Kommandant William Usher, wurden gerettet, 80 Mann ertranken. Das Schiff hatte 1250 Tonnen und gehörte während des Krieges gebauten Korvettentyp, der geschaffen war, auf Unterseeboote Jagd zu machen.

Selbstmordversuch eines entlassenen Bergarbeiters. Auf einem Schacht bei Sich ereignete sich eine schwere Bluttat. Ein entlassener Arbeiter wurde im Arbeitszimmer des Hüttendirektors Wolf wegen seiner Entlassung zur Rede gestellt. Als er einsah, daß er Direktor angestellt werden sollte, tötete er einen Obermeister und Bergverwalter in den Unterleib und einen Obergeniteur durch Revolverschüsse. Direktor Schoof wurde durch drei Revolverschüsse in den Unterleib sehr schwer verletzt. Der Täter ist flüchtig. Eine sensationelle Meldung verschwiegt das Elend dieses Proleten, der zur Tat getrieben haben wird.

Explosion in einem Braunkohlenbergwerk. Aus bisher noch nicht gekannten Gründen wurden durch eine plötzlich auftretende Explosion in den Entlüftungsanlagen des Preßenhauses des Braunkohlenbrabau Böhlen ein Teil des Daches und durch Luftdruck der Explosion zahlreiche Fensterscheiben eingedrückt. Die Betriebsangehörigen kamen der Anlage wurde durch die Gewalt des Gases zur Seite geschleudert, kam jedoch mit einigen Hautabschürfungen und dem Schrecken davon. Nach kurzer Zeit konnte der Betrieb der Brikettfabrik wieder aufgenommen werden.

Landung eines englischen Passagierflugzeuges im Kanal. Das Flugzeug der Linie London—Paris, das in der Nähe von Calais auf dem Kanal niedergehen mußte, ist zehn Minuten später. Die Passagiere unter Zurücklassung ihres Gepäckes geborgen worden, gerettet.

Ein schwedisches Wrack in Danzig eingebracht. Wie aus Danzig gemeldet wird, wurde heute in den Hafen das Wrack des schwedischen Segelschiffes „Urania" eingebracht. Von der vier Mann starken Besatzung fehlt jede Spur.

Verkehrsstörungen durch Schneefall in Oberschlesien. Ueber den Beginn der Schneestürme in Oberschlesien auf den Eisenbahnverkehr wird mir, daß sich im Bezirk Oppeln bis auf kleine Verspätungen von 10 bis 15 Minuten bisher keine ernsteren Störungen bemerkbar gemacht haben. Die Witterungsverhältnisse dürften sich in den heutigen Nachtstunden auswirken. Von der Eisenbahndirektion Kattowitz wird gemeldet, daß die Züge aus dem Osten bereits empfindlichen Verspätungen unterworfen sind. Der D-Zug aus Bukarest wird z. B. aus Polen bereits mit 70 Minuten Verspätung gemeldet. Im Telegraphenverkehr sind die Verbindungen nach dem Reich bisher unbeeinflußt geblieben. Im oberschlesischen Industriebezirk liegen dagegen Meldungen von zahlreichen Störungen vor. Dies gilt besonders von den Leitungen nach Ostoberschlesien, und von diesen namentlich nach Myslowitz und Laurahütte.

Ein trauriger Weltrekord

Der französische Fliegerleutnant Pernot, der im Kriege beide Beine verlor, will in sechs Jahren „zu Fuß„ um die Welt reisen und sich so durch eine Wette ein Vermögen erwerben. Der bürgerliche Rekordwahn schlägt hier in grausige Tollheit um: Die Kriegsverstümmelung als Sensations- und Rekordobjekt!

☆

Großfeuer in einem Amtsgerichtsgebäude. Einem Drahtbericht zufolge brach in der Nacht zum Sonntag in dem Amtsgericht Herbstein (Vogelsberg) ein Brand aus, der in dem Neubau des Gebäudes bedeutenden Schaden anrichtete. Sämtliche Räume des Baues brannten aus. Außerdem ist ein erheblicher Teil der Gerichtsakten den Flammen zum Opfer gefallen.

Schüler schießen aus einem Eisenbahnzug. Einen unerhörten Streich leisteten sich Schüler aus Bad Nauheim während ihrer Fahrt nach dem benachbarten Friedberg. Die jungen Burschen schossen von ihrem Eisenbahnabteil aus mit einer Pistole auf ein Bahnwärterhaus, dessen Türen und Fenster mehrere Male getroffen wurden. Verletzt wurde niemand. Die Schüler wurden ermittelt und zur Anzeige gebracht.

Mansfelder Kreise

Eisleben. Der Staat ist gerettet! Wegen öffentlicher Beschimpfung der Reichsfarben wurde der Invalide Julius Rokohl vom hiesigen Schöffengericht zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Rokohl hatte am diesjährigen Verfassungstage in einem Ahlsdorfer Barbierladen geäußert: „Was ist denn heute los? Sie haben ja an der Schule schon wieder den Mostrichlappen herausgehängt."

Helfstedt. Angefahren. In der Dämmerung von einer Lokomotive angefahren wurde der Bahnarbeiter Friedrich Kikerity. Er trug einen doppelten Armbruch und erhebliche Gesichtsverletzungen davon, so daß er ins Aschersleber Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Gerbstedt. Sportplatz in Sicht! Der Magistrat kommt jetzt einem langgehegten Wunsch der heutigen Jugend entgegen. Er hat beschlossen, einige Landparzellen nicht wieder zu verpachten, sondern sie für einen dringend nötigen öffentlichen Sportplatz vorzubehalten. Das Land wird jedoch erst im Herbst des nächsten Jahres pachtfrei; bis dahin muß sich also die Gerbstedter Jugend noch gedulden.

Delitzsch

Delitzsch. UPL.-Sitzung erst am Mittwoch!

Delitzsch. Ertappter Sittlichkeitsverbrecher. Der Gärtner Georg Hülse verübte an dem noch nicht siebenjährigen Mädchen des Kameraden L. ein Sittlichkeitsverbrechen am hellen Tage in der Wohnung seiner Mutter auf dem Nordplatze. Er hat das Kind, das mit mehreren Kindern spielte, durch Plätzchen an sich gelockt. Wahrscheinlich hat sich der Täter erst Mut angetrunken, denn bei der Suche nach ihm fand man in der betreffenden Wohnung noch eine halbe Flasche Alkohol auf dem Tische. Der Vogel selbst war natürlich, wie immer, ausgeflogen. Nach dreitägiger Suche hat ihn die Polizei in Leipzig festgenommen und in Haft gesetzt. Das Kind mußte sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Delitzsch. Zusammenstoß zweier Personenkraftwagen. In den Nachmittagsstunden des vergangenen Sonnabends fuhren in der bekannten Falle, wo sich Bismarckstraße und Kohlstraße kreuzen, zwei Personenkraftwagen, die in scharfem Tempo gefahren sind, zusammen. Das von der Leipziger Straße kommende Auto fuhr dem anderen derartig in die Flanke, daß es vollständig demoliert wurde. Die Insassen kamen mit ziemlichem Schrecken davon. Zu bewundern ist nur, daß Straßenpassanten von dem Zusammenstoß verschont blieben. Die Delitzscher Einwohner müssen fordern, daß Maßregeln ergriffen werden, die die Gewähr bieten, daß solche Fälle nicht mehr vorkommen.

Eilenburg. Gegen Hohenzollern und Hohenzollern-Knechte! Am Mittwoch, dem 20. Oktober, fand in der „Stadthalle" eine Protestkundgebung gegen die Hohenzollern-Abfindung statt. Als Referent war der Genosse Landtagsabg. Kellermann erschienen. Eine Resolution im Sinne seiner Ausführungen wurde angenommen. Die Versammlung war von 500 Personen besucht, auch ein Teil SPD.-Anhänger waren anwesend. Gen. Kaufmann und Michaelis wiesen noch auf die bürgerlichen Zeitungen hin, welche noch von vielen Arbeitern gelesen werden. Raus mit diesen Schundblättern, fest den „Klassenkampf", die einzige Arbeiterzeitung für den mitteldeutschen Bezirk. Mit dem Gesang der „Internationale" wurde die Versammlung geschlossen.

Eilenburg. Stadtverordnetensitzung. Am 18. Oktober fand eine Stadtverordnetensitzung statt. Bei der Wahl zum Mieteinigungsamt wurden fast dieselben Vertreter wiedergewählt. Von unserer Seite wurde der Gen. Steude hineingewählt. Eine Anleihe von 65 000 Mark wurde beschlossen, um das elektrische Leitungsnetz zu erweitern. Am wesentlichsten war der Dringlichkeitsantrag der SPD. Diese Fürstenlakaien haben mit einem Male ein warmes Herz für die Erwerbslosen, während dieselben Herren unsere Anträge, welche konkrete Forderungen enthielten, immer zusammen mit den Bürgerlichen abgelehnt haben. Gen. Plath hatte sich diesmal aber ganz gehörig die SPD. vorgenommen mit ihrem Scheinantrage. Stadtrat Burkhardt (SPD.) war natürlich der Meinung, daß der heutige Antrag ein anderer sei als die Anträge der Kommunisten, welche „unerfüllbar" waren. Der Antrag wurde der Finanzdeputation überwiesen. Ein weiterer Antrag der SPD. besagte, daß der Magistrat an die Kirchengemeinden herantreten soll, um zu erreichen, daß bei Beerdigungen von Dissidenten Laienreden gehalten werden dürften. Heinemann von der SPD. begründete noch weiter den Antrag damit, daß vor längerer Zeit ein Fall vorgekommen sei, der sogar zweimal vor Gericht verhandelt wurde. Gen. Michaelis machte auch in diesem Sinne Ausführungen, wobei der bekannte Stahlhelmpfarrer Valentin in Erinnerung gebracht wurde. Der bürgerliche Rechtsanwalt Müller nahm natürlich diesen Valentin in Schutz, er wäre doch der Diener Gottes und könnte von dem Hausrecht Gebrauch machen. Der Antrag wurde dem Magistrat überwiesen. In der geschlossenen Sitzung kamen nur Ankauf von Gelände und Verkauf von Bauplätzen zur Verhandlung.

Friedersdorf. Aus dem Gemeindeparlament. Der Friedersdorfer Wählerschaft raten wir, die Sitzungen der Gemeindevertretung zahlreicher zu besuchen als bisher, damit die Wähler erkennen, daß Leute vom Schlage Faßauer die Eisfeld nicht in der Lage sind, derartige öffentliche Funktionen so zu vertreten, wie es im Interesse der Gemeinde notwendig ist. Zur Tagesordnung selbst wurde als erster Punkt die Einführung Lichterfelds von der SPD. erledigt. Die Angelegenheit mit dem Fahrradhändler Quilitsch, die schon in der vorigen Sitzung erledigt werden war, wurde nochmals einer längeren Debatte unterzogen. Man war sich anscheinend über die Verfehlungen noch nicht einig, ob man dieselben der ganzen Vertretung in die Schuhe schob oder ob man dieselben Quilitsch oder Herrn Faßauer aufholzte. Die ganze Diskussion wäre unnötig gewesen, wenn das Protokoll über die vorige Sitzung richtig eingetragen worden wäre. Ein Antrag von Riepe, der die Aufrechterhaltung des Beschlusses von voriger Sitzung verlangte, welcher forderte, daß Quilitsch seine Werkstatt, die er auf dem Grundeigentum der Gemeinde gebaut hatte, so weit abbrechen muß, soweit Gemeindeland in Frage kommt, wurde dann auch angenommen. Zur Spende für das Fürglergebeim in Eckartsberga sei folgendes gesagt: Es durften auch 5 Mark dazu nicht bewilligt werden! Die Begründung des ablehnenden Standpunktes bringen wir in den nächsten Tagen. Die Begleichung der Rechnung über den Gebrauch des Lichtspielapparates zur Reichsgesundheitswoche in Höhe von 15 Mark wurde heftig diskutiert. Dabei konnte man die Rückständigkeit verschiedener Vertreter in kulturpolitischen Sachen erkennen. Man hatte anscheinend geplant, Herrn Huth, der die Reichsgesundheitswoche in Friedersdorf geleitet hatte, die Rechnung für den Apparat selbst zahlen zu lassen. Von welch großer Engherzigkeit zeugt doch diese Absicht und von welcher Verständnislosigkeit zeugt die Tatsache, daß man für der Gesundheit dienende Aufklärung ganze 30 Mark bisher ausgegeben hat. Ein Antrag, der allmonatlich eine Sitzung verlangt, wurde abgelehnt. Hierzu folgendes: Eine Gemarkung von nahezu 1000 Hektar mit rund 2000 Bewohnern hat in jedem Monat so viel zu erledigen, daß eine Sitzung abgehalten werden kann. Eine Behauptung von Weschke, daß in Friedersdorf keine Wohnungsnot vorhanden wäre, ruft allgemeine Heiterkeit hervor. Schluß der Sitzung 11½ Uhr.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kreb, Halle, Merseburgerstraße 14.

Aus dem Geschäftsverkehr

Auf der „Gesolei", der Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen, wurde der Firma Henkel & Cie., C.-G., Düsseldorf für ihre konkurrenzende Beteiligung an der Ausstellung durch fabrikatorische Vorführung ihrer ausgestellten Fabrikate, besonders „Persil" und „Ata", die höchste Auszeichnung, „Die Große Reichsmedaille", zuerkannt.

Hosenträger, Spezialität Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

An die Arbeiter-Turner und -Sportler des Zeitzer Kreises!

Sehr oft sind unsere Genossen und die mit uns Sympathisierenden pflichtvergessen, wenn es darum geht, unsere Organisation als Interessenvertretung des Arbeitersportes anzuerkennen. In unserem Bezirk sieht es besonders schlecht aus bezüglich der Berichte und Bekanntmachungen von Bezirks- und Gruppenveranstaltungen. Selbst die Vereine sind größtenteils der Auffassung, daß wir politisch Andersdenkenden nur Pflichten, aber keine Rechte haben. Dieser Zustand muß unbedingt bald geändert werden. **Es kann nicht angehen, daß die SPD. Mißbrauch mit der Arbeitersportbewegung treibt.** Wer sind hier die Schieber? Das sind die SPD.-„Großen", die mit Absicht die Bekanntmachungen usw. unterlassen, damit diejenigen Kreise, die den Arbeitersport verfolgen, nur den „Volksboten" lesen sollen. Diese Zustände können nur geändert werden

1. wenn die Vereine beschließen, alles, was im **„Volksboten"** veröffentlicht wird, auch im „Klassenkampf" erscheinen zu zu lassen.
2. Wenn, wie in anderen Orten, ein besonders bestimmter Berichterstatter vorhanden ist.

Um eine bessere Uebersicht der Berichte zu haben, wird in der Sportbeilage des „Klassenkampf" eine Rubrik

„3. Kreis, 4. Bezirk"

erscheinen, unter der alle Sportberichte veröffentlicht werden.

Dann noch eine Frage: Was hat der Bezirk getan, damit unsere Vereine in der Stadt sowohl wie auf dem Lande **Sportplätze** erhalten? Nichts! Unsere ländlichen Vereine sind kaum in der Lage, im Sommer Turn- und Sportunterricht zu erteilen. Im Winter ist überhaupt nicht daran zu denken. Hieraus müssen die Arbeitersportler schon erkennen, daß etwas nicht ganz in Ordnung ist. Als die Kommunistische Partei in der Fürstenabfindungskampagne Sportplätze und Turnhallen forderte, wurde diese Forderung von den meisten Sportvereinen gar nicht beachtet.

Daß die Führer der SPD. überhaupt keine Arbeitervertreter sind, haben die letzten Vorgänge im Landtag in der Hohenzollern-Abfindung bewiesen. Statt den Fürstenraub zu verhindern, haben sie diesem durch Stimmenthaltung noch Vorschub geleistet. Demonstrationen gegen die Hohenzollern-Abfindung wurden verboten, und zwar ausgerechnet von einem sozialdemokratischen Innenminister, nämlich Grzesinski. Als trotzdem überfüllte Massenversammlungen stattfanden, wurde von seiten der Polizei geschossen, wobei drei Arbeiter verwundet wurden.

Und dann noch eins. Die große Kanone Franken läuft jetzt von Ort zu Ort und gibt Berichte über das „rote" Wien, besonders über die Herstellung von Häuserblocks für Arbeiter. Wie lab es aber beim Bau einer Wohnung für den Herrn Landrat bei uns aus? Auf Beschluß der SPD. mußte diesem eine Villa gekauft werden, damit seine Nerven nicht kaput gehen. Hier sieht man den Unterschied: **Arbeiter müssen in Mietkasernen wohnen, die Bengen bekommen aber Villen zur Verfügung gestellt.** So sieht die Gleichheit der SPD. aus! Sportgenossen, aus diesen Beispielen seht Ihr, wie Eure Interessen von diesen „Arbeitervertretern" wahrgenommen werden. Eure Parole muß sein: Lest den „Klassenkampf"! Hinein in die Kommunistische Partei. Nur dann wird es möglich sein, die Arbeiter-Sportbewegung zu dem zu machen, was sie sein soll. Ein Arbeitersportler.

Bürgerliche Boxer

Am vergangenen Freitag veranstaltete die bürgerliche Sportgemeinde einen großzügigen Boxabend. Bei dieser Gelegenheit sollten die hallischen Boxkanonen rausgeschaft werden, welche dann den Titel **„Hallischer Meister"** tragen sollen. Mehrere Arbeitersportler sahen sich nun mal auch einen solchen Boxabend an, um festzustellen, ob wir Arbeitersportler mit den Bürgerlichen Schritt halten können. Gleich zu Beginn mußte man feststellen, daß der Arbeiterboxsport bedeutend weiter ist als unsere Gegner. Mag nun die bürgerliche Presse, insbesondere die **„Hallischen Nachrichten"** noch so viel Geschrei machen, denn das, was am Freitag gezeigt wurde, ist schon mehr Rauferei als Boxen gewesen. **„HFC. Wacker 1919"** führte eine neue Technik der Boxer vor, wie man sich in brenzlichen Lagen selbst zu Boden legt. Dann wurde ein wunderlicher Kampf gezeigt, welcher vom Publikum mit ohrenbetäubendem Gejohle und Rufe wie „Schiebung usw. quittiert wurde. Es wurden Boxer vom **„HFC. Borussia"** vorgeführt, welche gewiß das Boxen schon gesehen hatten, aber selber noch niemals Boxhandschuhe an den Händen hatten. Bald darauf schloß man die ach so wunderbare Vorstellung, wo man noch den anwesenden Zuschauern erst erklärte, daß es erst die Vorkämpfe um die hallische Meisterschaft wären. Ein guter Gedanke der bürgerlichen Sportorganisation, deren Hauptprinzip zugrunde liegt: **„Wie bekommen wir die Arbeitergroschen in unsere Kasse".** Nur aus diesem Grunde werden die wenigen Boxkämpfe in zwei Veranstaltungen gelegt, um dem „vorliebenden" Publikum weiter solche extrafeinen Kämpfe zu zeigen, wie am Freitag abend, das heißt also, immer wenig Wert auf den sportlichen Teil legen, aber um so mehr Geld in ihre Taschen zu bringen. Eine Mahnung für alle Sportler der Arbeiterkreise und Boxinteressenten. Meidet jede Veranstaltung von bürgerlichen Vereinen, denn selbige sind nicht bestrebt, Euch etwas Gutes zu zeigen, sondern sie wollen nur von den sauer verdienten Arbeitergroschen grobartige Sportplatzanlagen errichten. Darum rufen wir allen Arbeitern in den bürgerlichen Sportvereinen sowie den Gewerkschaftsgenossen zu, heraus aus den bürgerlichen Sportorganisationen, hinein in die Arbeiter-Sportbewegung. Denn wenn Ihr mit Euren Kollegen im Betrieb Hand in Hand arbeitet, so müßt Ihr Euch auch verpflichtet fühlen, mit denselben gemeinsamen Sport zu treiben. Bildet eine Kampffront in der Arbeit und im Sport. Werft die bürgerliche Presse aus dem Hause, die Euch betrügt und verrät, und lest die Arbeiterzeitungen, dieselben berichten über Euch, über Euer Sein und Nichtsein sowie über den Arbeitersport. Bz.

Fußball

Teutonia 1. — Dölau 1. 6:1

Teutonia 1. hatte beim letzten Serienspiel Fortuna-Dölau als Gegner und schlug dieselben mit obigem Resultat. Das Resultat wäre bestimmt zweifellig ausgefallen, wenn die Mannschaft Teutonias Lust am Spiel gehabt hätte und nicht so erbittert gewesen wäre über das Verhalten des Bezirksmeisters, welcher es vorzog, anstatt seiner die zweite Mannschaft als Gegner für Teutonia zu stellen. Dieses erlaubt sich ein Verein, welcher, was anerkannt werden muß, einer der bestorganisierten Arbeitersportvereine innerhalb unseres Bezirks ist, der durch seine Meisterschaft in Zukunft den Bezirk würdig vertreten soll. Man fragt sich: Wo bleibt hier außer der Pflicht die Solidarität, aber welchen Grund hat der Bezirksmeister für sein Verhalten? Allerdings heißt es noch in Erinnerung aller, daß Teutonia gegen Dölau stets gute Resultate erzielt hat und daß es Dölau selten gelang, Teutonia zu schlagen. Dies war auch die Meinung der Zuschauer beim Spiel, und es wäre möglich, daß hier der Grund liegt für das Nichtantreten des Bezirksmeisters. Schon mehrmals hat sich Teutonia Uebertraschungen erlaubt, und eine solche wäre in diesem Falle nicht angebracht gewesen, welches auch angegeben werden soll. Jedenfalls darf in Zukunft im Interesse unserer jetzt immer stärker werdenden Arbeitersportbewegung Derartiges nicht wieder vorkommen und es ist Pflicht unserer maßgebenden Instanzen, hier einzugreifen im Interesse unseres Arbeitersportes.

Wir veröffentlichen diesen Bericht in der Hoffnung, daß der Bezirksvorstand sich mit obigen Ausführungen befassen wird. Bz.

Sportbrüder 1. — Zörbig 1. 0:5 (0:1)

Zörbig gewann dieses Spiel durch völlige Unfähigkeit des Schiedsrichters in dieser Höhe unverdient, denn drei einwandfreie Abseitstore waren die Ausbeute mit darunter. — Zörbig, technisch und taktisch überlegen, hatte mit knapperem Resultat verdient gewonnen.

Minerva 1. schlug Brudsdorf 1. mit 3:0.

Viktoria 1. leistete sich im letzten Serienspiel einen Schnitzer und ließ sich von Sportlust 1. mit 3:1 reinlegen.

Frisch auf Nietleben 1. — Atlas 1. 9:0.
Schwimmer Halle 1. — Teutonia 1. 2:0.
Fichte Halle 2. — NSC. 2. 6:1.
Frisch auf Nietleben 2. — Schwimmer 2. 7:0.
Othello 2. — Trotha 2. 6:0.
Fichte Halle 3. — Zwintschöna 1. 8:2.
Schafstadt Jgd. — Merseburg Jgd. 7:1.
Othello Jugend — Zwintschöna Jgd. 10:1.
Sieben 1. Jgd. — Adler Halle Jgd. Jgd. 0:1.
Fichte 1. Schüler — Giebichenstein Schüler 2:0.
Othello 2. Schüler — Fichte 2. Schüler 1:0.

Sportlerinnen.

Giebichenstein 1. — Othello 1. 2:1.
Schwimmer Halle 1. — Sportlust 1. 1:0.
Kröllwitz 1. — Wörmlitz 1. 3:0.
Kröllwitz 2. — Viktoria 1. 4:0.
Fichte Halle 1. — NSC. 1. 1:0.

Boxen

Die Ring- und Boxkämpfe im „Volkspark"

Sportklub 09 siegt über Adler — Achilles siegt im Boxen über Eiche-International

Der Sonntagnachmittag im „Volkspark" stand im Zeichen der Schwerathleten der zehnten Stunde versammelte sich eine Anzahl Anhänger der Schwerathleten, um den Kämpfen beizuwohnen und Zeuge zu sein von dem, was an diesem Kampftag geboten wurde. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß es zu Anfang zu bürgerlichen Sportanfündigungen am Sonntag wirklich Gutes geboten worden ist und jeder Kämpfer sein Bestes hergegeben hat im Interesse der Arbeitersportbewegung. Wenn der Besuch nicht so war, wie er hätte sein sollen, den Schieberboxkämpfen am Freitagabend im „Wintergarten" soll es wohl liegen, daß sie auftreten aber nicht, man muß eben dabei gewesen sein, daß es ist eine Sache für sich, die heute nicht mehr geduldet werden soll. Tatsache ist es jedenfalls, das beweist der Besuchend am Sonntag im „Wintergarten", daß das hallische Publikum, und damit leider auch ein Teil der Arbeiterschaft, keinen reellen Sport sehen will; es sagt Gerüchten, großzügigen Ankündigungen noch bei denen einige „Kanonen" das Publikum bilden, ob sie auftreten aber nicht, man muß eben dabei gewesen sein. Der „Volkspark" war von großem Tamtam nichts zu spüren. Als nach der Begrüßung durch den Obmann der einzelnen Mannschaften die Ringmatte geleigt und der Boxring aufgestellt worden war, fühlte jeder einzelne, daß wirklicher Sport geboten würde. Auf den Aushang der Kämpfe waren wohl alle gespannt. Und sie sind auch nicht enttäuscht worden. Die Bezirksklasse ist einer starken Verstärkung über die erste Serie unter Berücksichtigung der bei den vorjährigen Kämpfe den Spitzenvereinen wieder den alten Platz einnehmen sie sich im Kampfe wieder neu erobern müssen. Und es war ein Kampf gegen Mann um die Rangordnung in der Tabelle, an dem sich die Mannschaften des vorjährigen Sporten Sch. — Katz nach 1/2 Uhr die Mannschaften an die Matten. Eiche-International hatte seine Mannschaft im letzten Augenblick zurückgezogen, so daß der Kampf Achilles-Eiche-International ausfallen mußte und Achilles kampflos den Sieg erhielt. Als erste Mannschaft traten Merseburg 1920 und Germania-Fellenleß an die Matte. Der Kampf verlief wie in der Vorschau angekündigt wurde. Germania-Fellenleß wurde hoher Punktsieger. Die Merseburger scheint hat sich trotz ihrer Niederlage gut gehalten und ist im allgemeinen befriedigt; die nächsten Kämpfe werden zeigen, daß sich Merseburg nicht in der letzte Stelle drängen läßt. Merseburg stand ohne Riegengewicht am Kampf an. Auf der zweiten Matte traten Adler und Sportklub 09 an. Hier gab es von vornherein Ueberraschungen, an die niemand gedacht hatte. Adler mußte sich „09" beugen und dessen Ueberlegenheit anerkennen. Die beiden Mannschaften waren Paalch im Schwergewicht, Landgraf im Leichtgewicht und Kunze im Federgewicht. An der Matte Kämpfe sich Eiche-Germania-Fellenleß gegenüber, zwei Mannschaften, die berechtigte Interessen haben. Achilles trat ohne Schwergewicht an und mußte sich nach kurzem Kampfe, der verschiedentlich schöne Momente hat, als besiegt bekennen. — Jugendkämpfen zwischen Sportklub 09 und Atlas kam noch schönen packenden Kampfe ein linentschiedenen heraus, welches nach dem Gebotenen wohl am wert. Die Kampfrichter führten die Kämpfe einwandfrei zu Ende und waren Aufgabe voll und ganz gewachsen.

Eiche-International — Achilles 6:10

Bei den gestern im „Volkspark" abgehaltenen Serienkämpfen im Ringen und Boxen kam beim Boxen ein überraschendes Resultat zustande, indem die Mannschaft von Achilles Halle mit 10:6 Punkten über Eiche-International siegte. Ueber die einzelnen Kämpfe spezifizierend zu schreiben, wollen wir heute nicht, denn auch die Ringer wollen zu Worte kommen. Eins muß folgendes sagen: Achilles hat sehr, so sehr viel gelernt, man sah es jedem einzelnen Boxer an, er seine Uebungsstunde verstimmt hat. Von Eiche-International hatte man eine andere Mannschaft im Ring erwartet, wenn auch jeder sein Bestes hergab, so verstehen ist aber gar nicht, wie die Vereinsleitung einen Boxer wie Sander kaum von gebrochener Hand gewinnen, lehnt wieder in den Ring steht. Sander Uebertreibung gab es im Bantamgewicht, wo Gutsche (Int.) schon in der ersten Runde aufgab. Ein besonders schöner Kampf soll nicht unerwähnt bleiben, zwar der Weltergewichtsfalle. Hier zeigten Sander (Int.) und Schäfer (Ach.) einen Kampf, der an Technik und Schlagkraft nichts zu wünschen übrig ließ. Beide waren mit einem Wort grundvollendete Techniker, wobei Sander (Int.) ein Plus hatte.

Ringen

Die russischen Ringer in Berlin siegreich

Die bisherigen Wettkämpfe russischen Ringer gegen die deutschen Arbeiterathleten waren bisher mit einiger Siegeszug der Russen. Im Wettkämpfen nur einen Kampf entschieden und eine Niederlage (im Friesenheim), das zeugt von großen Können der Russen. In dem 15. Kampf, standen die russischen Genossen dem stärksten Gegner gegenüber. Sie konnten auch hier 15:13 gewinnen. Gegenüber Kampfverlauf ist dieses Resultat die Berliner noch recht günstig. Verlierer waren die Russen zwei überlegen. Von den 14 Gängen liefen neun unentschieden.

Tabelle der Serienspiele 1. Klasse

1. Gruppe						
Fortuna	10	7	2	1	29:10	16:4
NSC.	10	7	—	3	27:11	14:6
Teutonia	10	4	2	4	22:22	10:10
Trotha	10	3	2	5	23:27	8:12
Fichte, Ammendorf	10	2	4	4	15:17	8:12
Wörmlitz	10	2	—	8	6:35	4:16
2. Gruppe						
Kröllwitz	10	9	—	1	49:12	18:2
Lettin	10	4	2	4	19:20	10:10
Fichte, Halle	10	4	2	4	18:25	10:10
Gröbers	10	3	2	5	19:22	8:12
Teicha	10	3	2	5	18:29	8:12
Giebichenstein	10	3	—	7	10:25	6:14
3. Gruppe						
Viktoria	12	9	1	2	45:20	19:5
Zörbig	12	8	1	3	37:24	17:7
Askania, Nietleben	12	6	2	4	26:24	14:10
Sportbrüder	12	4	4	4	18:25	12:12
Sportlust	11	2	3	6	15:19	7:15
Minerva	12	3	2	7	23:30	8:16
Brudsdorf	11	—	1	9	14:38	4:20

Es steht nur noch das Spiel Brudsdorf — Sportlust offen, welches wegen Regens abgebrochen ist.

Gesellschaftsspiele.

Teicha 1. — Fichte 1. 2:2.
Wörmlitz 1. welche in der letzten Serienspielrunde punktlos ausging, hatte Borussia 1. Magdeburg zu Gaste und gewann mit 6:3.
Giebichenstein 1. siegte über Askania 1. mit 3:2.
Giebichenstein 2. — Trotha 2. 0:3.
Teicha 3. — Viktoria 3. 2:13.
Sportlust 3. — Lettin 3. 1:2.
Askania Jgd. — Brudsdorf Jgd. 1:0.
Teicha Jugend — Sportlust Jugend 3:0.
Wörmlitz 1. Jgd. — Ammendorf 1. Jgd. 4:1.
Tiemis 1. Jgd. — Sportlust 1. Jgd. 0:3.
Teicha 1. Jgd. — Sportlust 2. Jgd. 3:0.
Fichte Halle 1. Jgd. — Trotha 1. Jgd. 2:2.
Wörmlitz 2. Jgd. — Fichte Halle 2. Jgd. 0:3.

Heute, Montag, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung, wobei eine Bücherkontrolle stattfindet. Auch sind die Zeitungsquittungen mit vorzulegen. J. A.: Franz Pabst.

Handball

Fichte Halle 1. — NSC. 1. 3:1.

Das Spiel überschritt das Maßen die Grenzen des Erlaubten; hier müßte der Schiedsrichter energischer durchgreifen.

Schafstadt 1. — Dölau 1. 8:1.
Othello 1. — Lanena 1. 5:5.

Kegeln

Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle

Donnerstag abend 1/2 8 Uhr im „Volkspark" Generalversammlung. Am Abend findet kein Kegeln statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Kassierer.

Einige interessante Bilder aus dem Arbeitersport

Bewegte Szene vor dem Fußballtor

Rote Kavallerie im Bahnrennen

Berliner Arbeiterkinder wandern am Rhein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019261025-12/fragment/page=0008